

Partner oder Gegner?

Die Militarisierung der Europäischen Union und die Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen

von Jürgen Wagner

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
Von Hobbes über Kant zu Habermas.....	5
Die Mär von der Zivilmacht Europa.....	7
Europa und seine militaristische Verfassung	10
Die Europäische Sicherheitsstrategie: Abschied aus dem Paradies.....	12
Robert Cooper und die "doppelten Standards"	14
Partnership in leadership?.....	16
Imperialer Niedergang	19
Krisensymptome.....	21
Abnabelungsprozesse	23
Amerikanische Störfeuer.....	26
Paris-Berlin-Moskau.....	28
Kerneuropa als Antreiber des Gegenmachtprozesses	30
Kanonen statt Butter? Alternativen zur Militarisierung der EU.....	32
Bibliografie.....	38

Jürgen Wagner ist Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Er ist Autor von *Das ewige Imperium: Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor* (Hamburg 2002) und Co-Autor (zusammen mit Claudia Haydt und Tobias Pflüger) des AttacBasisTextes 5 *Globalisierung und Krieg* (Hamburg 2003).

Die Erstellung dieser Studie wurde großzügig durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.

Einleitung

Schon im 19. Jahrhundert kamen die britischen Premierminister Benjamin Disraeli und Viscount Palmerston zu folgender Einsicht: „Staaten haben keine Freunde, Staaten haben Interessen.“ Mit Hinblick auf die Dauerhaftigkeit staatlicher Bündnisse entspricht diese Erkenntnis auch der Sichtweise der dominierenden realistischen Schule internationaler Beziehungen. Ihr zufolge sind Allianzen lediglich temporäre Phänomene, deren Bestand nur so lange gewährleistet ist, wie sie den sicherheitspolitischen Interessen der jeweiligen Mitglieder entsprechen.¹

Gerne wurde während des Kalten Krieges das Stereotyp von der westlichen Werte- ja Schicksalsgemeinschaft, vereint im Kampf gegen den Kommunismus und für das Gute in der Welt, gepflegt. Dabei wurden durchaus vorhandene transatlantische Konflikte von dem beiderseitigen Interesse an einer siegreichen Beendigung der Blockkonfrontation überlagert. Da mit dem Untergang der Sowjetunion auch die bisherige Klammer um das transatlantische Bündnis wegfiel, schien eine allmähliche Auflösung der Allianz naheliegend. Zwar erwiesen sich die transatlantischen Beziehungen als widerstandsfähiger denn von vielen Realisten erwartet, trotzdem sind die wachsenden Spannungen zwischen Europa und den USA unübersehbar. Ob bereits die Auflösung des westlichen Bündnisses, "Das Ende des Westens", wahlweise mit Fragzeichen oder ohne, beobachtbar ist, ist zu einem häufigen Diskussionsthema geworden.²

Spätestens seit der dramatischen Militarisierung der US-amerikanischen Außenpolitik in der Folge der Terroranschläge des 11. September 2001 und der heftigen Konflikte im Vorfeld des Irak-Krieges, dürfte klar geworden sein, dass sich zwischen dem "alten Europa" und den Vereinigten Staaten ein tiefer Graben aufgetan hat, der immer breiter zu werden scheint. David Calleo benennt angesichts dieser Entwicklung die zentrale Frage diesseits des Atlantiks: "Worin besteht Europas adäquate Antwort auf die aggressive Politik der Bush-Administration?"³

Um hierauf eine Antwort zu finden, muss bedacht werden, dass die rüde Vorgehensweise der Regierung George W. Bushs lediglich einen sich seit Jahren abzeichnenden Trend beschleunigte: "Sicher war der Irak ein Katalysator für die transatlantische Kontroverse, aber

¹ Vgl. zur neorealistischen Allianztheorie bspw. Waltz, Kenneth N., "The Emerging Structure of International Politics", in: *International Security*, Vol. 18, No. 2 (Fall 1993), S. 44-79; Walt, Stephen M., *The Origins of Alliances*, Ithaca/London 1987; ders., "The Ties That Fray: Why Europe and America Are Drifting Apart", in: *The National Interest*, No. 54 (Winter 1998/99), S. 3-11.

² Kupchan, Charles A., "The End of the West", in: *The Atlantic Monthly* (November 2002); Lieven, Anatol, "The End of the West?" in: *Prospect*, Issue 78 (September 2002); Friedman, Thomas, "Is this the start of the end of the West?", *New York Times*, 08.11.03.

³ Calleo, David P., "Balancing America: Europe's International Duties", in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 1/2003, S. 43-60, S. 54.

die eigentliche Krise geht um die amerikanische Macht - speziell die amerikanische Hegemonie."⁴ Seit dem Ende der Blockkonfrontation hat sich Washingtons Außenpolitik primär einem Ziel verschrieben, der Bewahrung der amerikanischen Vormachtstellung.⁵ Während im Kalten Krieg noch eine Art freiwillige Unterordnung unter Washingtons Führung stattfand, veränderte der Wandel von einem bi- zu einem unipolaren System mit den USA als einzig verbliebener Weltmacht zweifellos die Rahmenbedingungen der transatlantischen Partnerschaft. Schon früh wurde deutlich, dass sich mit dem Ende des Kalten Krieges die europäischen Vorstellungen hinsichtlich der eigenen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wie auch der künftigen transatlantischen Machtverteilung zunehmend von denen Washingtons entfernten. Aus diesem Grund werden inzwischen immer größere Zweifel daran laut, ob "Europa und die Vereinigten Staaten immer noch genügend gemeinsame Interessen teilen, um beide in einer formellen Allianz zusammenzuhalten."⁶

In dieser Studie soll folgenden Fragen nachgegangen werden: Welches sind die derzeit diskutierten europäischen Antworten auf Washingtons Hegemonialpolitik? Welche macht- und sicherheitspolitischen Interessen verbergen sich hinter den angedachten Reaktionen? Wie werden sich die einzelnen Vorschläge auf die Zukunft der transatlantischen Beziehungen auswirken und unter welchen Umständen ist deren Realisierung wahrscheinlich? Und schließlich, entsprechen die gegenwärtig diskutierten Vorschläge dem Anspruch an eine europäische Außenpolitik, sich glaubhaft für Frieden und Entwicklung einzusetzen und wenn nicht, wie sähe eine linke Alternative hierzu aus?

In der europäischen Debatte um die Zukunft der transatlantischen Beziehung herrscht über zwei Aspekte weitgehend Einigkeit: Dass die transatlantischen Beziehungen einer grundlegenden Veränderung bedürften, um fundamentalen europäischen Interessen auch künftig zu entsprechen und dass eine umfassende europäische Militarisierung hierfür die notwendige Bedingung darstelle. Darüber hinaus bestehen aber erhebliche Differenzen, was eigentlich konkret mit einer solchen Militarisierung bezweckt werden soll.

So gibt es **erstens** vor allem im linksliberalen Spektrum Vertreter, die die Entwicklung eigener militärischer Fähigkeiten als notwendige Bedingung sehen, den USA ein

⁴ Layne, Christopher, "America as European Hegemon", in: *The National Interest*, no. 72 (Summer 2003), S. 17-29; Ähnlich: "Die Spaltung in Europa ging nicht wirklich um den Irak, sondern wie man auf die amerikanische Geltendmachung globaler Dominanz reagiert." Siehe Sikorski, Radek, *The Future of Transatlantic Relations: A View from Europe*, Testimony: Subcommittee on Europe, Washington, 17.06.03.

⁵ Vgl. Wagner, Jürgen, *Das ewige Imperium: Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor*, Hamburg 2002; Mastanduno, Michael, "Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy After the Cold War", in: Kapstein, Ethan B./Mastanduno, Michael, (eds), *Unipolar politics: realism and state strategie after the Cold War*, New York 1999, S. 138-181.

⁶ Layne, Christopher, *Casualties of War: Transatlantic Relations and the Future of NATO in the Wake of the Second Gulf War*, CATO Policy Analysis, No. 483 (August 2003), S. 4.

friedlicheres, multilaterales internationales Verhalten abzunötigen und damit gleichsam Europas Einfluss als Friedensmacht in der Welt zu stärken. Eine **zweite** Gruppe tritt für einen stärkeren militärischen Beitrag Europas bei der Führung der Welt und die gemeinschaftlich mit den Vereinigten Staaten zu vollziehende Absicherung des kapitalistischen Systems ein. Dabei soll der erhöhte europäische Beitrag Washington künftig dazu veranlassen, europäische Interessen künftig eher zu respektieren. Schließlich gibt es **drittens** Befürworter eines gezielten Versuches einen militarisierten Gegenblock gegen die USA zu formieren.

Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, dass jede dieser Optionen dem grundsätzlichen Ziel einer Förderung von Frieden und Entwicklung zuwiderläuft. Aus diesem Grund wird abschließend für eine konsequente Abkehr von der Militarisierung der Europäischen Union plädiert. Dies bedeutet allerdings keine Absage an ein zunehmend außenpolitisch handlungsfähig und –williges Europa. Denn hierdurch könnten durchaus Potenziale erschlossen werden, Europa als friedensfördernde, zivile Kraft einzubringen. Aus diesem Grund werden am Ende praktische Vorschläge für die Ausgestaltung einer zivilen EU-Außenpolitik unterbreitet.

Von Hobbes über Kant zu Habermas

Eine der vielbeachtetsten Analysen über die Ursachen und Lösungen der transatlantischen Konflikte stammt aus der Feder des Neokonservativen Robert Kagan. Der als Befürworter eines starken atlantischen Bündnisses bekannte Publizist fasste seine Sicht der Dinge erstmals im Juni 2002 zusammen. Seine Erkenntnisse schienen Javier Solana, dem hohen Vertreter der europäischen "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP), so bahnbrechend, dass er sie als "must read" an seinen internen Verteiler herausgab.

Zusammengefasst argumentiert Kagan folgendermaßen: Seit Ende des Kalten Krieges hätten die Vereinigten Staaten die Herausforderungen der neuen Ära angenommen und akzeptiert, in einer "Hobbsschen Welt" zu leben, in der die Verteidigung der "westlichen Zivilisation" die Anwendung militärischer Gewalt sowie unilateralem, extralegalem Verhalten, unbedingt erfordere. Demgegenüber vertrete Europa, bedingt durch seine militärische Schwäche, einen illusorischen, kantischen Ansatz: "Europas militärische Schwäche brachte eine verständliche Aversion gegenüber der Anwendung militärischer Macht hervor. Sie verursachte ein starkes europäisches Interesse an einer Welt, in der nicht Stärke sondern internationales Recht und internationale Institutionen dominieren."

Kagan wirft den Europäern vor in einem "postmodernen Paradies", einem Wolkenkuckucksheim zu leben. Sie würden die überall lauenden Gefahren nicht ernst genug

nehmen, weshalb Washington immer weniger Interesse daran habe, auf die Stimmen der Europäer Rücksicht zu nehmen. Als Lösung schlägt er eine massive Erhöhung der europäischen Militärausgaben vor. Da erst die Fähigkeit zur Ausübung von Gewalt es ermögliche, die strategischen Realitäten anzuerkennen, würde sich in diesem Fall die europäische Politik allmählich der Amerikas annähern.⁷

So falsch Kagans Analyse einer friedliebenden europäischen Gemeinschaft ist, so attraktiv scheint diese Vision als Gegenpol zur aggressiv-militaristischen Hegemonialpolitik Washingtons zu sein. Die von Jürgen Habermas, Jacques Derrida und anderen europäischen Intellektuellen angestoßene Initiative zur "Wiedergeburt Europas" fordert explizit: "Europa muss sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren." Hierfür gelte es "mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen."

Geprägt wird diese Haltung von dem Irrglauben, es gehe den Mächtigen in Europa um "die Abkehr vom Eurozentrismus [...] und die kantische Hoffnung auf eine Weltinnenpolitik", geprägt von Multilateralismus und Gewaltverzicht.⁸ Die Auffassung, eine Militarisierung der EU sei notwendige Bedingung, um dem amerikanischen Imperialismus Einhalt gebieten zu können, ist inzwischen weit verbreitet.⁹ Gemein ist diesen Äußerungen eine positive Haltung gegenüber den grundsätzlich Zielen europäischer Außenpolitik, die sich gänzlich von der egoistischen Vorgehensweise der Vereinigten Staaten unterscheidet. Aus diesem Grund wird für eine distanziertere Haltung, bisweilen sogar einen Bruch mit den USA plädiert, für den jedoch eine umfassende Militarisierung unbedingt erforderlich sei.¹⁰

Unterstützung finden diese Europäer auch bei amerikanischen Kollegen, wie dem Philosophen Richard Rorty: "Die Konsolidierung der Europäischen Union zu einer starken, unabhängigen Macht in der Weltpolitik [sei] eine völlig angemessene und unbedingt willkommene Reaktion auf die Gefahr, welche die derzeitige Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik für die Welt darstellt."¹¹ Harald Müller von der *Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung* bringt diesen Ansatz auf den Punkt: "Die Europäer müssen ihre eigene

⁷ Kagan, Robert, "Power and Weakness", in: *Policy Review*, No. 113 (June & July 2002); ders., *Macht und Ohnmacht: Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Bonn 2003.

⁸ Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques, "Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas", *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.05.03.

⁹ Vgl. bspw. Chiesa, Giulietto, *Das Zeitalter des Imperiums. Europas Rolle im Kampf um die Weltherrschaft*, Hamburg 2003.

¹⁰ "Ist es so, dass hier einige brillante Köpfe im Ernst glauben, die Zeit und mit ihr der alte Kontinent seien reif dafür, die Taue über den Atlantik zu kappen? Politische Partnerschaften werden schließlich nicht für ewig geschlossen." Siehe Ritzenhofen, Medard, "Kerneuropa eurogaullistisch denken?", in: *Dokumente*, 4/2003, S. 30-36, S. 33.

¹¹ Bock, Andreas, "Europa braucht eine Armee", *Netzzeitung*, 03.06.03.

militärische Stärke konsolidieren, um den Bündnispartner dazu zu bewegen, sich auf eine weniger militarisierte und stärker auf Multilateralismus angelegte Weltordnungspolitik einzulassen."¹²

Die Mär von der Zivilmacht Europa

Ebenso wie Kagan, und diese "Intellektuellen" unterliegt auch Egon Bahr der Fehleinschätzung, die Differenz zwischen den USA und der EU sei "der Unterschied zwischen einer Hegemonialmacht, die ihre Dominanz ausdehnen will, und einem Kontinent, der friedliche Stabilität erstrebt."¹³ Treffender wäre wohl eine Einteilung in die USA als den am Erhalt des Status quo interessierten Hegemon und die EU als den revisionistischen, auf die Veränderung der Machtverhältnisse drängenden Block.¹⁴

Festhalten lässt sich auf alle Fälle zunächst, dass der Begriff "Zivilmacht EU", der impliziert, dass internationale Konflikte nicht durch militärische, sondern besonders durch sozio-ökonomische Mittel gelöst werden sollen, angesichts der beobachtbaren Entwicklung völlig fehl am Platz ist.¹⁵ So wurde die ursprünglich vorhandene starke Betonung einer Konzentration der GASP auf zivile Konfliktverarbeitung nahezu komplett von den militärischen Aspekten verdrängt.¹⁶ Der deutsche Außenminister Joschka Fischer bestätigt diese Einschätzung, indem er betont, dass die EU keineswegs „ein Friedenskorps aufstellt, sondern eine wirksame Eingreiftruppe.“¹⁷ Auch Solanas Büroleiter Robert Cooper widerlegt all jene, die in der EU immer noch eine Macht sehen, die sich mit friedlichen Mitteln in der Welt engagiert: "Illusionen geben sich jene hin, die von Deutschland oder Europa als einer 'zivilen Macht' sprechen."¹⁸

Bereits im Maastrichter Vertrag von 1992 wurde die Möglichkeit geschaffen, die inzwischen in die EU überführte Westeuropäische Union (WEU) mit Kriseneinsätzen zu beauftragen. Damals wurde die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik neben der Handels- und Finanzpolitik als dritter Pfeiler der EU etabliert. Im Vertrag von Amsterdam 1997 fand mit den sogenannten Petersberg-Aufgaben eine Spezifizierung des Handlungsspektrums statt.

¹² Müller, Harald, "Amerikanischer Unilateralismus: Ein Weltordnungsproblem", in: Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno (Hg.), *Friedensgutachten 2000*, Münster 2000, S. 43-52, S. 52.

¹³ Neuber, Arno, *Militärmacht Europa: Die EU auf dem Weg zur globalen Interventionsmacht*, isw-Report Nr. 56 (Dezember 2003), S. 1.

¹⁴ Vgl. zu revisionistischen Mächten bspws. Schweller, Randall, "Bandwagoning for Profit: Bringing the Revisionist State Back In", in: *International Security*, Vol. 19, No. 1 (Summer 1994), S. 72-107.

¹⁵ Vgl. Böge, Volker, "Europa auf dem Weg zur militärischen Großmacht", in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), *Jahrbuch '02/03*, Köln 2003, S. 101-108.

¹⁶ Vgl. Nassauer, Otfried, "Eine europäische Flagge", in: *Sozialistische Politik und Wirtschaft* (Dezember 2000).

¹⁷ Neuber, Arno, *"Kerneuropa" auf dem Kriegspfad*, IMI-Standpunkt, 2003/058.

¹⁸ Cooper, Robert, "Macht und Ohnmacht aus europäischer Sicht", in: *Internationale Politik*, 5/03, S. 31-38, S. 35.

Europäische Verteidigungspolitik solle künftig "humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen", also auch robuste Kampfeinsätze umfassen, hieß es damals.¹⁹

Während die GASP das Rahmenwerk der EU darstellt, wurde die konkrete Ausgestaltung zunächst als Eigenen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) bezeichnet. Schnell wurde aber nicht mehr von ESVI, sondern von einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gesprochen, was der Ausrichtung europäischer Außenpolitik eine deutlich andere Richtung gab: "Die **ESVI** wird häufig mit der ESVP verwechselt oder gleichgesetzt. Im Gegensatz zur ESVP ist die ESVI aber der Versuch der europäischen Mitgliedstaaten der NATO, *innerhalb* der Allianz den europäischen Pfeiler dadurch zu stärken, dass zunächst eine eigene europäische sicherheitspolitische Identitätsfindung betrieben wird."²⁰ Die Herausbildung der ESVP stellt also eine bewusste Wendung hin zu einer von der NATO und damit von den USA unabhängigen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik dar. Ein wichtiger Schritt hierfür war der französisch-britische Vertrag von Saint Malo. Dort wurde die Option festgelegt, künftig, im europäischen Rahmen autonome Militärschläge durchführen zu können und der EU Kapazitäten für strategische Planungen bereitzustellen.²¹

Während also deklaratorisch die Abnabelung Europas von den USA, verbunden mit einem sich herausbildenden Willen zur Militarisierung, schon länger beobachtbar war, mangelte es an konkreten Schritten für die Umsetzung dieses Vorhabens. Es ist bezeichnend, dass die entscheidenden Impulse hierzu von zwei US-geführten Angriffskriegen, 1999 gegen Jugoslawien und 2003 gegen den Irak, ausgingen. Die aus europäischer Sicht mangelnde amerikanische Bereitschaft, europäische Vorstellungen und Interessen zu berücksichtigen, führte zu dem verstärkten Interesse an autonomen Kapazitäten.

So wurde als Konsequenz aus den amerikanischen Alleingängen während des sogenannten Kosovo-Krieges bereits 1999 die Entscheidung zum schnellstmöglichen Aufbau einer EU-Eingreiftruppe gefällt. Sie soll im Endstadium aus insgesamt 60.000 Einsatzkräften bestehen und innerhalb von 60 Tagen zu Militäreinsätzen herangezogen werden können.²²

¹⁹ Neuber, *Militärmacht Europa*, S. 5; Vgl. ausführlich zur Entwicklung der ESVP Borchert, *Heiko, Europas Sicherheitsarchitektur: Erfolgsfaktoren - Bestandesaufnahme - Handlungsbedarf*, St. Gallen, Univ., Diss., 1999.

²⁰ *ESVP - die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik*, Politik und Zeitgeschichte (Stand 30.01.04), URL: <http://www.crp-infotec.de/03ep/esvp.html> (eingesehen 07.02.04).

²¹ *Franco-British summit. Joint declaration on European Defence*, Saint-Malo, 04.12.98, URL: <http://www.info-france.org/news/statmnts/pr/stmalo.htm> (eingesehen 19.03.00).

²² Zusätzlich wurden der Truppe 400 Kampfflugzeuge und 100 Kriegsschiffe zugesagt. Die nationalen Kontingente setzen sich folgendermaßen zusammen: Deutschland: 18.000, Österreich: 2.000, Belgien: 1.000,

Berücksichtigt man die für ein stehendes Kontingent notwendige Rotation, müssen insgesamt je nach Schätzung 120-180.000 Soldaten bereitgestellt werden. Am 19. Mai 2003 wurde die Truppe von den 25 EU-Verteidigungsministern für einsatzfähig erklärt: "Die 60.000 mannstarke Europäische schnelle Eingreiftruppe ist nun Realität, komplett vorbereitet und operationell fähig, Aufträge im gesamten Spektrum der Missionen zu übernehmen, die ihnen zugeordnet sind."²³ Dabei muss jedoch festgehalten werden, dass es noch mehrere Jahre dauern wird, bis die EU-Eingreiftruppe in der Lage sein wird umfassende Kampfeinsätze durchzuführen.²⁴

Interessant ist der Aktionsradius, den die EU-Staaten für ihre Interventionsarmee festgelegt haben: Schon in der ersten Planungsphase wurde er auf 4000 Kilometer rund um Brüssel festgelegt. Dies widerlegt auch das oft gehörte Argument, Europa müsse sich militarisieren um Sicherheitsbedrohungen in der unmittelbaren Nachbarschaft selbst entgegenzutreten zu können. Nur so könne man sich aus der faktischen Abhängigkeit von Amerika lösen und eine eigenständige Politik betreiben. Nein, offensichtlich geht es um die Etablierung einer global agierenden Interventionsarmee zur Führung von Kriegseinsätzen. Auf der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 2000 in Nizza wurden mit dem Beschluss zur Einsetzung eines Militärausschusses (EUMC), eines Militärstabes (EUMS) und eines ständigen Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) auch die organisatorischen Rahmenbedingungen für eine offensiv ausgerichtete EU-Truppe geschaffen.²⁵

Im Jahr 2003 fanden die ersten EU-Militäreinsätze, "Concordia" in Mazedonien und "Artemis" im Kongo, statt. Letzterer ist aus zwei Gründen interessant: Einmal liegt das Einsatzgebiet deutlich weiter als 4.000 Kilometer von Brüssel entfernt, womit auch diese räumlich ohnehin schon sehr weit gefasste Einschränkung ad acta gelegt wurde und zweitens agierte die EU im Kongo erstmalig ohne Rückgriff auf NATO-Strukturen, indem Frankreich die operative Führung übernahm.²⁶ Kein Wunder, dass die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie Artemis als „Geburtsstunde der europäischen Sicherheitspolitik" bezeichnete.²⁷ 2004 soll die NATO-Mission in Bosnien-Herzegowina von

Großbritannien: 12.500, Finnland: 2.000, Frankreich: 12.000, Griechenland: 3.500, Irland: 850, Italien: 12.500, Luxemburg: 100, Niederlande: 5.000, Portugal: 2.000, Schweden: 1.440. Vgl. Neuber, *Militärmacht Europa*, S. 6.

²³ *Statement by Greek Defence Minister Yiannos Papantoniou*, General Affairs/External Relations Council and Defence Ministers, 19.05.03, URL: <http://www.eu2003.gr/en/articles/2003/5/19/2845> (eingesehen 04.02.04).

²⁴ Vgl. Neuber, *Militärmacht Europa*, S. 7.

²⁵ Vgl. *Die Militärischen Strukturen und Fähigkeiten der Europäischen Union*, o.J., URL: <http://ue.eu.int/pesc/military/de/homede.htm> (eingesehen 05.02.04).

²⁶ Haydt, Claudia/Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen, *Globalisierung und Krieg*, AttacBasisTexte 5, Hamburg 2003, S. 74.

²⁷ Marischka, Christoph, "Kongo: Die unendliche Geschichte westlicher Ausbeutung", in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2004), S. 13-17, S. 17.

der EU abgelöst werden und selbst eine Übernahme des Nato-Einsatzes im Kosovo wird mittelfristig für möglich gehalten.²⁸

Dass auch viele Linksintellektuelle wenig Probleme mit dieser dramatischen Militarisierung der EU zu haben scheinen, hängt mit der bestenfalls naiven Vorstellung zusammen, der Irak-Krieg habe erneut gezeigt, dass Europäer die "Guten", Amerikaner die "Bösen" seien: "Worauf soll sich der Glaube gründen, dass Europa - diesmal moralisch eben noch einmal fein heraus - nicht bei anderer Gelegenheit, geht es um einen Krieg in seinen Interessensphären, vergleichbar handelt?"²⁹ Gerne wird hierbei auch vergessen, dass der ebenfalls völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit tatkräftiger europäischer Mithilfe geführt wurde.

Ein Blick auf die beiden zentralen Dokumente zur Zukunft der ESVP, die europäische Verfassung und die Sicherheitsstrategie, bestätigt, dass sich die EU nicht für eine Mäßigung der amerikanischen Außenpolitik, sondern für die globale Kriegsführung zur Wahrung eigener Interessen rüstet.

Europa und seine militaristische Verfassung

Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik nimmt einen großen und zentralen Raum im Entwurf für eine EU-Verfassung ein.³⁰ Joschka Fischer spricht vom "wichtigsten Vertrag seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft," ein anderer Kommentator sieht in ihr sogar "nichts weniger als das Gründungsdokument des wiedervereinigten Europa, eine Art kontinentales Grundgesetz für 450 Millionen Europäer."³¹

Tatsächlich handelt es sich bei der Verfassung um ein wichtiges Dokument, denn bei ihrer Verabschiedung würden zahlreiche dramatische Neuerungen im friedens- bzw. militärpolitischen Bereich realisiert.³² Besonders problematisch sind die Festschreibung weltweiter EU-Kampfeinsätze, eine explizite Aufrüstungsverpflichtung und die Aushebelung des Parlamentsvorbehalts hinsichtlich einer Entscheidung über künftige EU-Interventionen.³³

Diese Maßnahmen lassen sich wörtlich in der Verfassung wiederfinden. Die EU-Streitkräfte sollen künftig zu "Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden

²⁸ Wiesmann, Gerrit, "EU steht vor erstem großem Militäreinsatz", *Financial Times Deutschland*, 13.10.03.

²⁹ Elfferding, Wieland, "Euronationalismus statt Pax Americana?", in: *Freitag*, 23/2003.

³⁰ *Entwurf: Vertrag über eine Verfassung für Europa: Vom Europäischen Konvent im Konsensverfahren angenommen am 13. Juni und 10. Juli 2003*, URL: <http://european-convention.eu.int/docs/Treaty/cv00850.de03.pdf> (eingesehen 17.01.04).

³¹ Ritzenhofen, "Kerneuropa eurogaullistisch denken?", S. 30.

³² Daneben gibt es noch weitere aus linker Sicht problematische Aspekte der Verfassung, bspws. die Passagen zur Flüchtlingspolitik.

³³ Vgl. auch die ausführliche Analyse von Pflüger, Tobias, *Eine Militärverfassung für die Europäische Union - Oder auch die EU ist auf Kriegskurs*, IMI-Analyse, 2003/036.

schaffender Maßnahmen, [zur] Bekämpfung des Terrorismus [und zur] Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet" (Artikel III-210) eingesetzt werden können. "Hierbei handelt es sich um ein extrem weit gefasstes Mandat für etwaige EU-Kampfeinsätze. Es würde der EU sogar erlauben, sich in Bürgerkriegen auf die Seite der einen oder anderen Fraktion zu schlagen und militärisch mit der Begründung des 'Kampfes gegen den Terrorismus' den Kriegsausgang zu beeinflussen. Wo die Grenze solcher exterritorialer EU-Militäreinsätze gezogen wird, bleibt offen."³⁴

Ebenfalls weitreichend ist die explizite Verankerung einer Aufrüstungsverpflichtung: "Die Mitgliedstaaten *verpflichten* sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (Artikel I-40, Absatz 3; Hervorhebung JW). Um die Einhaltung dieser Verpflichtung zu kontrollieren wird ein "Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen, sich an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich Fähigkeiten und Rüstung zu beteiligen, sowie den Ministerrat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten zu unterstützen." (Artikel I-40, Absatz 3)

In Artikel 40, Absatz 6 des Verfassungsentwurfs heißt es: "Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvolle Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind, begründen eine strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Union." Wie diese engere Militärszusammenarbeit im Rahmen der EU von anderen EU-Einzelstaaten gebremst oder verhindert werden könnte, bleibt völlig offen. Es könnte sich also die absurde Situation ergeben, dass eine Gruppe von EU-Staaten – möglicherweise gegen den offenen Widerstand anderer Mitgliedsländer – zur Planung und Durchführung von EU-Kriegseinsätzen auf EU-Institutionen zurückgreift.³⁵ Diese strukturierte Zusammenarbeit ist auch die Grundlage der Kerneuropa-Diskussion auf die später noch näher eingegangen wird. Ein letzter aber wohl entscheidender Aspekt der Verfassung ist die Aushebelung des Parlamentsvorbehaltes: "Über militärische Einsätze der EU entscheidet der Ministerrat." (Artikel 40, Absatz 4) Dieser massive Abbau demokratischer Kontrollmöglichkeiten in einer so entscheidenden Frage wie der Entsendung europäischer Truppen, würde deren Einsatz

³⁴ ebd., S. 2.

³⁵ Vgl. Eilstrup Sngiovanni, Mette, "Why a Common Security and Defense Policy Is Bad for Europe", in: *Survival*, Vol. 45, No. 4 (Winter 2003-2004), S. 193-206.

künftig erheblich erleichtern.³⁶

Zwar scheiterte die Annahme der Verfassung im ersten Anlauf jedoch nicht aufgrund der dort niedergeschriebenen Militarisierung der Union, sondern aufgrund des Streits um die künftige Stimmengewichtung innerhalb der EU. Über eine grundsätzlich offensive, militärisch gestützte Ausrichtung europäischer Außenpolitik scheint man sich weitestgehend einig zu sein, wie auch die Annahme der Europäischen Sicherheitsstrategie zeigt, die diesbezügliche Vorstellung präzisiert.

Die Europäische Sicherheitsstrategie: Abschied aus dem Paradies

Die von Solana im Auftrag der EU-Staaten im Juni erstmals vorgelegte und im Dezember 2003 leicht verändert verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), "Ein sicheres Europa in einer besseren Welt", ist neben der Verfassung das zweite zentrale Strategiepapier zur Zukunft der europäischen Außenpolitik.³⁷ Auffällig ist, dass sie sowohl was die Bedrohungsanalyse, als auch die hieraus abgeleiteten sicherheitspolitischen Schlussfolgerungen angeht, zu fast denselben Ergebnissen wie die amerikanische Nationale Sicherheitsstrategie kommt. Diese ist bekanntlich Grundlage des "Kampfs gegen den Terror" wie auch des Präventivkriegskonzepts und damit der aggressiven US-Außenpolitik der letzten Jahre. Trotzdem oder gerade deswegen ist sie für viele Beobachter, wie beispielsweise Fraser Cameron, Studiendirektor des *European Policy Center* in Brüssel, ein "wichtiger Meilenstein", eben weil sie mit europäischer Militärpolitik ernst macht, denn sie "liefert endlich die Peitsche zum Zuckerbrot, mit dem Europa bisher weltweit Diplomatie betrieben hat."³⁸

Der Anspruch auf globale Machtausübung ist in dem Dokument allgegenwärtig: "Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union [...] zwangsläufig ein globaler Akteur. [...] Europa muss daher bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mit zu tragen." (ESS: 1)

Neben Energiesicherung³⁹ und Peripheriestabilisierung bedeutet anscheinend "globale Sicherheit", analog zur amerikanischen Doktrin, der neuen "Bedrohungstriade", bestehend aus

³⁶ Auffällig sind in diesem Zusammenhang die Parallelen zum deutschen "Parlamentsbeteiligungsgesetz", das bis Ostern 2004 verabschiedet werden soll.

³⁷ Solana, Javier, *Ein sicheres Europa in einer besseren Welt*, Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, 12.12.03, URL: <http://ue.eu.int/solana/docs/031208ESSIIDE.pdf> (eingesehen 03.01.04).

³⁸ Cameron, Fraser, "Europas neue Sicherheitsstrategie", in: *Internationale Politik*, 1/2004, S. 39-50, S. 39; 45.

³⁹ "Die Energieabhängigkeit gibt Europa in besonderem Maße Anlass zur Besorgnis. Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteur der Welt. Unser derzeitiger Energieverbrauch wird zu 50 % durch Einführen gedeckt. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil 70 % erreicht haben." (ESS: 3)

der Zunahme des Terrorismus, der wachsenden Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln, sowie dem Scheitern staatlicher Systeme, militärisch zu begegnen. Denn "bei einer Summierung dieser verschiedenen Elemente – extrem gewaltbereite Terroristen, Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität, Schwächung staatlicher Systeme und Privatisierung der Gewalt – ist es durchaus vorstellbar, dass Europa einer sehr ernststen Bedrohung ausgesetzt sein könnte." (ESS: 5)

Abgesehen davon, dass sich diese Gefahren nur sehr bedingt wenn überhaupt summieren lassen, ist es entscheidend, welche sicherheitspolitischen Schlussfolgerungen aus einer solchen Bedrohungsanalyse gezogen werden: "Im Zeitalter der Globalisierung können ferne Bedrohungen ebenso ein Grund zur Besorgnis sein wie näher gelegene. [...] Die erste Verteidigungslinie wird oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art. [...] Daher müssen wir bereit sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln. Konflikten und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden." (ESS: 6f.) Dankenswerterweise könnten diese Gefahren "nicht mit *rein militärischen Mitteln* bewältigt werden" (ESS: 7; Hervorhebung JW), aber eben auch und wohl auch primär.

Um diesen Gefahren gewachsen zu sein, werden natürlich mehr Ausgaben für die Verteidigung gefordert: "Damit wir unsere Streitkräfte zu flexibleren, mobilen Einsatzkräften umgestalten und sie in die Lage versetzen können, sich den neuen Bedrohungen zu stellen, müssen die Mittel für die Verteidigung aufgestockt und effektiver genutzt werden." (ESS: 12) Die in der EU-Verfassung verankerte Aufrüstungsverpflichtung dürfte sich für dieses Bestreben noch als sehr nützlich erweisen.

Wenn man sich auch scheut das Kind direkt beim Namen zu nennen so ist es doch entscheidend, dass die ESS analog zur amerikanischen Sicherheitsdoktrin künftig eine Präventivkriegsstrategie der EU anvisiert:⁴⁰ "Beide Konzeptionen decken sich [...] in der Aussage, dass das Prinzip der Abschreckung unter diesen neuen strategischen Rahmenbedingungen nur noch sehr bedingt funktioniert. Vielmehr müsse über neue aktivere Formen der Sicherheitspolitik nachgedacht werden."⁴¹

⁴⁰ Ein Artikel Solanas wird hier deutlicher: "In einer interdependenten Welt ist die erste Verteidigungslinie häufig weit entfernt. *Präventives Engagement* ist der Kern unseres Ansatzes. [...] Wir müssen in der Lage sein beim ersten Anzeichen von Ärger reagieren zu können. Dies erfordert eine strategische Kultur die frühzeitiges, schnelles und wenn notwendig robustes eingreifen unterstützt." Vgl. Solana, Javier, "Joining forces against common threats", *International Herald Tribune*, 12.12.03 (Hervorhebung JW); Innerhalb europäischer Think Tanks werden präventive Militäraktionen schon jetzt häufig als selbstverständliche Herangehensweise erachtet. Vgl. bspws. Houben, Marc, *Better Safe Than Sorry: Applying the Precautionary principle to Issues of International Security*, CEPS Working Document, No. 196 (November 2003).

⁴¹ Fitschen, Patrick, *Europas strategische Antwort auf die Nationale Sicherheitsstrategie der USA*, Konrad-Adenauer-Stiftung, 22.07.03, S. 3; Vgl. auch Kamp, Karl-Heinz, "Die Bedrohung bekämpfen, bevor sie akut wird", *Frankfurter Rundschau*, 04.02.04. Auffällig ist auch, dass die Neufassung der französischen Nuklearstrategie sich ebenfalls an den amerikanischen Überlegungen der *Nuclear Posture Review* orientiert. Vgl.

Robert Cooper und die "doppelten Standards"

Dass viele Aspekte der ESS sich mit den Ansichten Robert Coopers decken ist keineswegs Zufall, denn sie übernimmt im Wesentlichen einen von ihm verfassten Entwurf.⁴² Der Büroleiter Solanas fordert schon lange einen "liberalen Imperialismus" dessen beide Komponenten von ihm als Grundlage der künftigen europäischen Außenpolitik betrachtet werden: Erstens sei dies "der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt." Dieses kaltschnäuzige Bekenntnis zur neoliberalen Globalisierung mitsamt ihren katastrophalen Konsequenzen wird vom zweiten Bestandteil des liberalen Imperialismus ergänzt. Er befasst sich mit deren militärischer Absicherung und erinnert verdächtig an die US-amerikanische Sichtweise der internationalen Beziehungen: "Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden."⁴³

Kein Wunder dass Coopers Konzept von amerikanischer Seite her explizit begrüßt wird: "Coopers Argument richtet sich an Europa und ist richtigerweise verbunden mit der Aufforderung an die Europäer, ihre Verteidigungsfähigkeit 'sowohl physisch als auch psychisch' nicht mehr zu vernachlässigen. Aber was Cooper wirklich beschreibt ist nicht Europas Zukunft, sondern Amerikas Gegenwart. [...] Die USA handeln bereits gemäß dem doppelten Standard Coopers und auch genau aus den Gründen, weshalb er ihn vorschlägt. Die US-Führer glauben ebenfalls, dass globale Sicherheit und eine liberale Ordnung – ebenso wie Europas 'postmodernes' Paradies – nicht lang überleben können, wenn die Vereinigten Staaten nicht ihre Macht in dieser Hobbsschen Welt, die außerhalb der Grenzen Europas immer noch gedeiht, benutzen."⁴⁴

Coopers Forderung, dass zukünftig Staaten, die sich nicht an die kapitalistischen Spielregeln halten, unter Umständen auch militärisch gemäßregelt werden, findet sich auch in der ESS

Kempin, Ronja, *Frankreichs Nuklearstrategie vor der Revision?*, SWP-Studie, Januar 2004; Broughton, Philip Delves, "France to aim nuclear arms at rogue states", *Daily Telegraph*, 28.10.03.

⁴² Cameron, "Europas neue Sicherheitsstrategie", S. 42.

⁴³ Cooper, Robert, "The new liberal imperialism", *The Observer*, 07.04.02.

⁴⁴ Kagan, "Power and Weakness".

(10): "Eine Reihe von Staaten hat sich von der internationalen Staatengemeinschaft abgekehrt. Einige haben sich isoliert, andere verstoßen beharrlich gegen die internationalen Normen. Es ist zu wünschen, dass diese Staaten zur internationalen Gemeinschaft zurückfinden, und die EU sollte bereit sein, sie dabei zu unterstützen. Denen, die zu dieser Umkehr nicht bereit sind, sollte klar sein, dass sie dafür einen Preis bezahlen müssen, auch was ihre Beziehungen zur Europäischen Union anbelangt." Solche Sätze sind als eindeutige Drohungen an all jene Länder zu verstehen, die Coopers Begeisterung für den "freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie" aus verständlichen Gründen nicht teilen.

Thomas P. Barnett, seit September 2001 Berater von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und Professor am *U.S. Naval War College*, ist einer der offensten Vertreter jener Sicherheitspolitiker, die neoliberale Globalisierung und die Notwendigkeit von deren militärischer Absicherung in einem Atemzug nennen: "Als die Vereinigten Staaten am Persischen Golf abermals in den Krieg zogen, ging es [um] einen historischen Wendepunkt – den Moment, in dem Washington von der strategischen Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung tatsächlich Besitz ergreift." Laut Barnett wurde somit der "nichtintegrierten Lücke", den Staaten, die sich nicht in das Schema der neoliberalen Globalisierung einpassen (lassen) verdeutlicht, dass die USA nicht gewillt sind dies zu tolerieren: "Wo soll also die nächste Runde von Auswärtsspielen des US-Militärs stattfinden? Das Muster, das sich nach dem Ende des Kalten Krieges herausgeschält hat legt eine einfache Antwort nahe: in der Lücke. [...] Verliert ein Land gegen die Globalisierung oder weist es viele Globalisierungsfortschritte zurück, besteht eine ungleich höhere Chance, dass die Vereinigten Staaten irgendwann Truppen entsenden werden. Umgekehrt gilt: Funktioniert ein Land halbwegs im Rahmen der Globalisierung, dann sehen wir in der Regel keine Veranlassung, unsere Truppen zu schicken, um für Ordnung zu sorgen, oder eine Bedrohung zu beseitigen."⁴⁵ Letztlich handelt es sich bei diesen Sätzen lediglich um die konsequente Umsetzung der auch in der ESS auffindbaren Denkmuster.

Die offensichtliche Übernahme dieser Sichtweise in der ESS steht keineswegs im Widerspruch zu den USA. Sie ist lediglich Ausdruck des europäischen Abschieds aus dem "postmodernen Paradies". Dabei scheint die Bedrohungsanalyse mitsamt ihren sicherheitspolitischen Schlussfolgerungen durchaus konsensfähig zu sein: "Robert Cooper hat die herrschende Meinung westlicher Sicherheitspolitiker über den Umgang mit fernen Chaoszonen auf den Punkt gebracht."⁴⁶

⁴⁵ Barnett, Thomas P.M., "Die neue Weltkarte des Pentagon", in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2003, S. 554-564.

⁴⁶ Mertes, Michael, "Transatlantische Anti-Terror-Politik", in: *Die politische Meinung*, 02/2003, S. 5-9, S. 6.

Partnership in leadership?

Cooper und anderen aus diesem Lager geht es nicht um eine Zivilisierung der USA, sondern darum, den "freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie", sprich die westlich-kapitalistische Interessensgemeinschaft, gegen Bedrohungen abzusichern. Dieses beiderseitige Interesse soll die Grundlage für eine Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft und die künftige Klammer für das westliche Bündnis darstellen: "Die Mächte der kapitalistischen Ordnung versuchen die Unordnung, die in der Reproduktionsstruktur des globalen Systems vor allem durch die Ökonomie erzeugt und durch den Markt externalisiert wird, unter Einsatz politischer und militärischer Macht zu beseitigen."⁴⁷

Das Problem für die europäischen Staaten ist dabei offensichtlich nicht die imperiale Politik der USA, sondern, dass sie künftig angemessen an deren Vorteilen beteiligt werden. Denn seit dem Ende des Kalten Krieges tendiert Washington bei Meinungsverschiedenheiten stets dazu, relativ rücksichtslos die eigenen Interessen gegenüber seinen Verbündeten durchzusetzen.⁴⁸

"Summa summarum: Der 'große Bruder' erwies sich nicht immer als 'gutmütiger Hegemon.'"⁴⁹ Ziel ist es, Washingtons Tendenz, auf einen Beitrag der Europäer ebenso wenig Wert, wie auf deren Interessen zu legen, rückgängig zu machen. Es gehe nun darum, wie es ein Vorstandsmitglied der SPD-nahen *Stiftung Wissenschaft und Politik* formuliert, "offen über die Konditionen der weiteren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit" zu verhandeln.⁵⁰ Man ist nicht mehr zufrieden mit der bisherigen Rolle als "Subunternehmer Amerikas,"⁵¹ noch viel weniger mit dem von Zbigniew Brezezinski nüchtern konstatierten "Vasallenstatus" und der Haltung Europa sei "de facto amerikanisches Protektorat", inklusive Tributpflicht.⁵²

Ohne ernstzunehmende militärische Fähigkeiten erscheint Europas machtpolitischer Aufstieg allerdings illusorisch. Wenn George W. Bush schreibt: "Wir kommen hier zu einer entscheidenden Zeit in der Geschichte [...] der zivilisierten Welt zusammen. Ein Teil dieser Geschichte ist von anderen geschrieben worden, der Rest wird von uns geschrieben werden," wird dies von Cooper folgendermaßen kommentiert: "Wenn dieses 'uns' auch die Europäer einschließen soll, müssen wir mehr Einfluss auf die Vereinigten Staaten ausüben. Und das

⁴⁷ Mahnkopf, Birgit, "Neoliberale Globalisierung und Krieg", in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/2004, S. 47-57, S. 52.

⁴⁸ Während des Kalten Krieges waren die Vereinigten Staaten deutlich eher zu Zugeständnissen bereit, u.a. weil sie das Bündnis für die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion dringend benötigten. Vgl. Lunderstad, Geir, *"Empire" by integration: the United States and European integration, 1945 – 1997*, Oxford 1998.

⁴⁹ Nuscheler, Franz, *Multilateralismus vs. Unilateralismus. Kooperation vs. Hegemonie in den transatlantischen Beziehungen*, Stiftung Entwicklung und Frieden, Policy Paper 16, Januar 2001, S. 8.

⁵⁰ Vogel, Heinrich, "Das Ende des 'Westens'", in: *Internationale Politik*, 6/03, S. 27-34, S. 27.

⁵¹ Czempiel, Ernst-Otto, "Am Scheideweg. Zur Situation der Atlantischen Gemeinschaft", in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/00, S. 568-579, S. 579.

⁵² Brezezinski, Zbigniew, "Living With a New Europe", in: *The National Interest*, No. 60 (Summer 2000).

bedeutet, wir brauchen mehr Macht – auch mehr militärische Macht."⁵³ Dies soll künftig sicherstellen, dass Differenzen bei der Ausbeutung der restlichen Welt nicht ausschließlich zugunsten Washingtons beigelegt werden können. Burden und power sharing - mehr Clinton, weniger Bush ist die strategische Vision Coopers. Mit anderen Worten: "The West against the Rest."⁵⁴

Einen solchen ein "ideellen Gesamtimperialismus" (Robert Kurz) hält bspws. Robert Kagan für wünschenswert und formuliert die notwendigen Bedingungen hierfür: „Die Vereinigten Staaten sollten ihren Teil des transatlantischen Handels erfüllen, indem sie den Europäern einigen Einfluss auf die Ausübung amerikanischer Macht einräumen – wenn die Europäer im Gegenzug diesen Einfluss sorgfältig einsetzen werden. Das NATO-Bündnis – eine Allianz von und für liberale Demokratien – könnte der Ort eines solchen Handels sein.“⁵⁵ Somit ist es für Befürworter einer solchen Strategie von elementarer Bedeutung, die NATO als zentrales Instrument westlicher Interessenswahrung wieder aufzuwerten und ins Zentrum westlicher Sicherheitspolitik zu rücken.⁵⁶ Schon lange versucht man dem Bedeutungsverlust der Allianz entgegenzuwirken. Während bspws. Kenneth Waltz, ein führender Vertreter der realistischen Denkschule, Ende 1990 in der NATO nur noch ein „verschwindendes Etwas“ erblicken konnte,⁵⁷ wurde schnell damit begonnen, das Bündnis an die veränderten Konstellationen anzupassen: "Mit der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs, den die NATO [...] Anfang der 90er Jahre vorgenommen hat, wurde der Nord-Süd-Konflikt, der zweifellos viel mit fehlender globaler Gerechtigkeit und wachsender globaler Ungleichheit der Lebenschancen zu tun hat, als ein 'globales Sicherheitsproblem' re-interpretiert."⁵⁸ Durch die Annahme der neuen NATO-Strategie auf dem Washingtoner Gipfel 1999 und den fast gleichzeitig begonnenen Angriffskrieg gegen Jugoslawien wurde die Transformation der NATO zu einem weltweit agierenden Kriegsbündnis der westlichen Demokratien weiter forciert.

Für eine enge transatlantische Partnerschaft ist es somit entscheidend, inwieweit das künftige

⁵³ Cooper, "Macht und Ohnmacht aus europäischer Sicht", S. 38.

⁵⁴ Owen ist einer der wenigen, der die Auffassung vertritt, an der bisherigen Konstellation werde sich auch künftig wenig ändern. Zwar hätten die USA tatsächlich keine Veranlassung auf Europa in irgendeiner Form Rücksicht zu nehmen und würden dies auch nicht tun, so lange die Machtasymmetrie so groß sei. Er kommt aber zu dem Ergebnis, dass die Europäer insgesamt gesehen enorm von Amerikas hegemonialer Rolle profitieren würden und deshalb wenig Veranlassung hätten, diese durch massive Aufrüstung in Frage zu stellen. Vgl. Owen, John M., "Why American Hegemony is Here to Stay", in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 1/2003, S. 71-86.

⁵⁵ Kagan, Robert, "A Tougher War for the U.S. Is One of Legitimacy", *New York Times*, 24.01.04.

⁵⁶ Seit langem gehen Diskussionen über die Zukunft der NATO einher mit der generelleren Frage nach der künftigen Entwicklung der transatlantischen Beziehungen. Vgl. Borchert, Heiko/Maurer, Daniel, *Neuanfang, Baukasten oder Ablösung? Fünf Szenarien zur Zukunft der NATO*, DIAS Analyse Nr. 5 (Januar 2004), S. 4.

⁵⁷ Varwick, Johannes, *Die Zukunft der NATO Probleme und Perspektiven des transatlantischen Bündnisses nach seinem 50. Geburtstag*, o.J., URL: <http://www.dgap.org/texte/nato.pdf> (eingesehen 03.02.04), S. 2.

⁵⁸ Mahnkopf, "Neoliberale Globalisierung und Krieg", S. 50.

Aufgabenspektrum der NATO so angepasst werden kann, dass es beiderseitigen Interessen entspricht. Ein überaus einflussreicher Vorschlag forderte unlängst, die Allianz solle sich einem neuen "Transatlantischen Projekt" widmen, nämlich der "Transformation des Mittleren Ostens". Das Projekt solle "auf eine neue Form der Demokratie hinauslaufen, auf ein neues Wirtschaftssystem, das den Menschen in der Region zu Arbeit und Würde verhilft." Dies sei die einzige Möglichkeit "die dem Terrorismus zugrunde liegenden Ursachen" zu bekämpfen und beinhalte "zweifellos auch eine militärische Komponente", da die gesamte Region unter "einer Krise der Regierbarkeit leidet, die mit der Unfähigkeit seiner Staaten einhergeht, die Herausforderungen der Moderne und der Globalisierung zu bewältigen."⁵⁹ Auch im "alten Europa" gibt es namhafte Befürworter einer solchen Politik.⁶⁰ Letztlich handelt es sich bei diesem "Transatlantischen Projekt" um nichts anderes als die konsequente Umsetzung des "liberalen Imperialismus" und der "doppelten Standards" in Gestalt westlich-militärischer Interessenswahrung. In diesem Zusammenhang sind auch schon lange vorhandene Überlegungen zu sehen, den NATO-Einfluss auf den kaspischen Raum auszudehnen und dort künftig auch militärische Einsätze nicht auszuschließen,⁶¹ wie unlängst vom amerikanischen NATO-Botschafter Nicholas Burns nochmals nachdrücklich gefordert wurde.⁶²

Einer der eindeutigsten Hinweise, dass sich das transatlantische Verhältnis in Richtung eines ideellen Gesamtimperialismus entwickeln könnte, ist sicher der auf dem Prager Gipfel Ende 2002 gefällte Beschluss zur Gründung der *NATO Response Force* (NRF), für die weltweite Durchführung von NATO-Präventivkriegen. Die NRF wurde am 15. Oktober 2003 für einsatzbereit erklärt. Seither stehen 9.000 der bis Ende 2006 angestrebten 21.000 Soldaten zur Verfügung.⁶³ "Die NRF ist der sichtbare Ausdruck der neuen Doktrin des Interventionismus der reichen westlichen Staaten gegen den Rest der Welt. Sie ist mit den Worten des NATO-Oberbefehlshabers James Jones, 'die ultimative und permanente Koalition der Willigen.'⁶⁴

Weitere Anzeichen, die für eine Stärkung der transatlantischen Beziehungen sprechen, sind die NATO-Übernahme des ISAF-Mandates in Afghanistan, die ebenso auf eine

⁵⁹ Asmus, Ronald D./Pollack, Kenneth M., "The New Transatlantic Project", in: *Policy Review*, No. 115 (October & November 2002).

⁶⁰ Vgl. Massarat, Mohssen, "Vor den Karren gespannt", in: *Freitag*, 09/03.

⁶¹ Vgl. für den Persischen Golf: The Atlantic Council of The United States, *Permanent Alliance? NATO's Prague Summit and Beyond*, Policy Paper April 2001, S. 8; Für die kaspische Region: Sokolsky, Richard/Charlick-Paley, Tanya, "Look Before NATO leaps into the Caspian", in: *Orbis*, Spring 1999, S. 285-297; Bhatti, Robin/Bronson, Rachel, "NATO's Mixed Signals in the Caucasus and Central Asia", in: *Survival*, vol. 42, no. 3 (Autumn 2000), S. 129-145.

⁶² Burns, Nicholas, *The New NATO and the Greater Middle East*, Remarks at Conference on NATO and the Greater Middle East Prague, Czech Republic, 19.10.03, URL: <http://www.state.gov/p/eur/rls/rm/2003/25602.htm> (eingesehen 23.12.03).

⁶³ "NATO inaugurates rapid-reaction military unit", *International Herald Tribune*, 16.10.03.

⁶⁴ Haydt, Claudia, "NATO Response Force - Die ultimative Koalition der Willigen", in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2004), S. 21.

Wiederannäherung hindeutet,⁶⁵ wie die Tatsache, dass selbst einige Neokonservative mittlerweile die Notwendigkeit einer gemeinsamen Interessenswahrung betonen.⁶⁶ All dies spricht für einen ideellen Gesamtimperialismus als Endprodukt des derzeit ablaufenden transatlantischen Transformationsprozesses.

Allerdings wird dieser Ansatz nur funktionieren, wenn Washington tatsächlich bereit sein sollte, europäische Interessen in einem ungleich höherem Maße als bisher zu respektieren. Für die Zukunft wird deshalb viel davon abhängen, wie sich der "widersprüchliche Doppelstatus der USA als Nationalstaat einerseits und als 'ideeller Gesamtimperialist' andererseits" entwickelt.⁶⁷

Imperialer Niedergang

Es ist allerdings zweifelhaft, ob ein Interessensausgleich aufgrund der fundamental unterschiedlichen Präferenzen hinsichtlich der künftigen Struktur des internationalen Systems überhaupt möglich ist. Diese Differenzen werden deutlich, wenn etwa Jacques Chirac davon spricht, dass "die multipolare Welt mehr und mehr eine Realität wird", was die Ablösung der USA als alleiniger Supermacht impliziert.⁶⁸ Eine solche Aussage steht in scharfem Kontrast zur amerikanischen Sichtweise, wie sie Bushs nationale Sicherheitsberaterin, Condoleezza Rice, zum Ausdruck bringt: "Multipolarität ist eine Theorie der Rivalität konkurrierender Mächte – im schlimmsten Fall konkurrierender Werte. Wir haben das schon einmal versucht, es führte zum großen Krieg."⁶⁹

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die Vereinigten Staaten primär einem Ziel verschrieben: Unter allen Umständen zu verhindern, dass ein Land auch nur annähernd mit den USA gleichziehen kann. Also eben jene multipolare Welt zu verhindern, von der in Europa geschwärmt wird.⁷⁰ Ein zugunsten Europas vollzogener Verzicht auf die rigorose Wahrung eigener Interessen würde die amerikanische Hegemonialposition gefährden und den graduellen Aufstieg der EU als möglichem Rivalen der Zukunft befördern.⁷¹ Für Washington kommt daher eine Partnerschaft "auf gleicher Augenhöhe" mit Europa nicht in Frage:

⁶⁵ Burns, Richard, "An Alliance with a new mission", *International Herald Tribune*, 24-25.05.03; Mertes, "Transatlantische Anti-Terror-Politik", S. 9.

⁶⁶ Donnelly, Thomas, *What's Next? Preserving American Primacy, Institutionalizing Unipolarity*, American Enterprise Institute, 22.04.03; Boot, Max, "America and the UN, together again?", *International Herald Tribune*, 05.08.03.

⁶⁷ Kurz, Robert, *Weltordnungskrieg: Die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung*, Bad Honnef 2003, S. 36.

⁶⁸ Sciolino, Elaine, "New Year, Old Theme: Chirac Elbows Bush", *International Herald Tribune*, 10.01.04.

⁶⁹ Pfaff, William, "Refusing to treat allies as equals", *International Herald Tribune*, 07.07.03.

⁷⁰ Vgl. Wagner, *Das ewige Imperium*.

⁷¹ Vgl. bspws. Cronin, Bruce, "The Paradox of Hegemony: America's Ambiguous Relationship with the United Nations", in: *European Journal of International Relations*, vol. 7 (1), March 2001, S. 103-130.

"Tatsächlich wollten die Vereinigten Staaten nie ein wirklich gleichberechtigtes Westeuropa, weil so ein Europa nicht nur von den USA unabhängig sein würde, sondern die Unabhängigkeit auch in einer Art und Weise ausüben könnte, die amerikanischen Interessen zuwiderläuft."⁷²

Dies zu verhindern ist ein vorrangiges amerikanisches Interesse: "Im schlimmsten Fall stellt Bushs unipolare Vision – kombiniert mit einer vergrößerten Militärmacht, einem Hang zum Unilateralismus und eventuell einer niedergehenden Ökonomie – die Weichen für einen US-amerikanischen Kurs, dem Aufstieg aller Großmächte in der Welt entgegenzutreten. Die Vereinigten Staaten entsenden ihr überlegenes Militär in deren Wirkungsbereiche um ihre ehrgeizigen Bestrebungen zu durchkreuzen."⁷³ Ähnlich fällt die Analyse von Emmanuel Todd aus, der überzeugend nachgewiesen hat, dass sich die Vereinigten Staaten bereits in der Phase hegemonialen Abstiegs befinden, in der insbesondere die ökonomische Machtbasis zusehends erodiert.⁷⁴ Richtigerweise interpretiert er die gegenwärtige US-Kriegspolitik als verzweifeltes um sich schlagen, um diesen imperialen Niedergang aufzuhalten.⁷⁵

Für Weltsystemanalytiker wie George Modelski folgen die gegenwärtigen Konflikte einem historisch beobachtbaren Muster. Ihm "zufolge durchläuft jedes Hegemonialsystem einen Zyklus, der schematisch durch vier Phasen charakterisiert werden kann. Auf die (1) Phase der Existenz einer stabilen Weltmacht folgt zunächst (2) eine Phase der Delegation, in der die geltende, durch die hegemoniale Nation bestimmte Weltordnung in Frage gestellt wird. Dieser Verlust an Konsens geht über in eine (3) Periode der Dekonzentration in Gestalt konkurrierender Mächte, deren Rivalitäten schließlich in einen (4) Weltkrieg münden."⁷⁶

Ganz offensichtlich wurden die Phasen eins und zwei "erfolgreich" passiert. Die Frage ist, ob klare Anzeichen für einen Übergang in die nächste Phase erkennbar sind.

⁷² Layne, Christopher, *Death Knell for NATO? The Bush Administration Confronts the European Security and Defense Policy*, CATO Policy Analysis, No. 394 (April 2001), S. 4.

⁷³ Calleo, "Balancing America", S. 54.

⁷⁴ Du Boff, Richard B., "U.S. Hegemony: Continuing Decline", *Enduring Danger*, in: *Monthly Review* (Dezember 03); Vgl. zur Diskussion um die Stärke der US-Wirtschaft Gindin, Sam/Panitch, Leo/ *Monthly-Review-Redaktion* u.a., *Krise der US-Ökonomie: Kontroversen der Linken*, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, 2/2003.

⁷⁵ Todd, Emmanuel, *Weltmacht USA – Ein Nachruf*, München 2003; Während frühere Vertreter der "Hegemonic Stability Theory" auf Robert Gilpin aufbauend, in den aufsteigenden Mächten diejenigen sahen, die eine hohe Bereitschaft zu kriegerischen Aktivitäten an den Tag legen würden, kommen neuere Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass tatsächlich imperialer Abstieg und Kriegsbereitschaft eines Hegemons eng miteinander zusammenhängen. Vgl. Gilpin, Robert, *War and Change in World Politics*, Cambridge 1981; Lobell, Steven E., *The Challenge of Hegemony: Grand Strategy, Trade, and Domestic Politics*, Ann Arbor 2003.

⁷⁶ Stanger, Michael, *Weltwirtschaftliche Hegemonie und Weltgeld*, FU Politische Wissenschaft, Arbeitspapier 3/1990, S. 12.

Krisensymptome

Selbst Cooper konstatiert, es gäbe "keine Garantie dafür, dass die amerikanischen und europäischen Interessen immer übereinstimmen werden."⁷⁷ Neben dem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zwischen unilateralistischer US-Politik und den europäischen Versuchen, Washingtons Hegemonialstreben über die Einbindung in multilaterale Strukturen abzumildern, lassen sich zahlreiche Konfliktfelder identifizieren, von denen insbesondere drei hervorstechen.

Erstens kämpfen die Vereinigten Staaten und die EU im Bereich der Handelspolitik mit harten Bandagen um Absatzmärkte. Ein Beispiel hierfür ist die zwischen der EU, Lateinamerika und der Karibikregion beschlossene intensiverte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Auf die Frage ob er nicht glaube, dass die USA auf diese Verletzung der Monroe-Doktrin äußerst scharf reagieren würden, antwortete Lothar Mark, Lateinamerika-Beauftragter der SPD: "Das müssen wir dann durchstehen, denn Lateinamerika ist ein potenzieller Markt und ein Partner für Europa." Es gehe nicht an, "sich US-amerikanischen Wirtschaftsinteressen unterzuordnen."⁷⁸ Europa wird eine immer ernst zu nehmendere Konkurrenz im amerikanischen Hinterhof und hat Washington inzwischen als wichtigsten Wirtschaftspartner dort abgelöst.⁷⁹

So gibt es zahlreiche weitere Schauplätze heftiger wirtschaftlicher Konflikte, etwa den Bananenkrieg, die Streitigkeiten um hormonell behandeltes Rindfleisch und genmanipulierten Mais, um Stahlzölle und etliches mehr. Diese Auseinandersetzungen führen immer häufiger zu Klagen bei der WTO und zu gegenseitigen Strafmaßnahmen.⁸⁰

Aufgrund ihrer enormen strategischen Bedeutung nimmt die Rüstungsindustrie eine Sonderstellung im Bereich der wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen Europa und den USA ein. Auch hier intensivieren sich die Auseinandersetzungen. So wurde den US-Firmen mit der Gründung des deutsch-französischen Rüstungsgiganten EADS ein mächtiger Rivale vor die Nase gesetzt, der zunehmend an Boden gewinnt und eine Kampfansage für den militärisch-industriellen Komplex (MIK) der USA darstellt.⁸¹ In diesem Bereich geht es nicht nur um enorme Profite, sondern auch um die Schaffung strategischer Abhängigkeiten, die beispielsweise eine Ausrüstung der osteuropäischen Länder nach sich zieht: "Seit einigen Jahren sind wir Zeuginnen und Zeugen einer Neustrukturierung der europäischen

⁷⁷ Cooper, "Macht und Ohnmacht aus europäischer Sicht", S. 36.

⁷⁸ Guha, Anton-Andreas, "EU soll sich gegen USA behaupten", *Frankfurter Rundschau*, 16.05.02.

⁷⁹ Du Boff, "U.S. Hegemony: Continuing Decline".

⁸⁰ Vgl. ausführlich zu den verschiedenen Schauplätzen der europäisch-amerikanischen Handelskriege Du Boff, "U.S. Hegemony: Continuing Decline".

⁸¹ James, Barry, "Airbus is poised to win a trans-Atlantic dogfight over sales", *International Herald Tribune*, 13.01.03.

Rüstungsindustrie, mit der der militärisch-industrielle Komplex in Europa zum Vorreiter einer neuen Block-Identität werden soll. Dies ist konsequenterweise begleitet von massiven Störmanövern der Konkurrenz aus Übersee, der US-Regierung, wobei diese sich auf den Brückenkopf in der EU, auf Großbritannien und auf den dort maßgeblichen Rüstungskonzern Bae stützen kann. Ähnlich wie mit EADS in der Luftfahrt zeichnen sich derzeit auf drei Teilbereichen der europäischen Rüstungsindustrie strategische Umstrukturierungen ab, die einen Prozess zur Herausbildung eines mächtigen EU-MIK verstärken.⁸² Bei diesen drei Bereichen handelt es sich um den Kriegsschiff-, den Triebwerks- und den Panzerbau. In Frankreich erwägt man bereits eine Strafsteuer für europäische Regierungen, die Rüstungsgüter aus den USA einkaufen, während Deutschland darüber nachdenkt, künftig dem Einstieg ausländischer Unternehmen in deutsche Rüstungskonzerne einen Riegel vorzuschieben.⁸³

Zweitens zeichnen sich grundsätzliche Differenzen hinsichtlich Ausbeutung und Kontrolle der verbliebenen Weltölreserven ab. Vor allem was die Vorstellungen zur Politik im Mittleren Osten, inklusive der Herangehensweise an den Konflikt zwischen Israel und Palästina angeht, sind deutliche Unterschiede erkennbar. Auch in der kaspischen Region weichen amerikanische und europäische Vorstellungen, insbesondere in der Frage der Verlegung strategisch wichtiger Pipelinerouten, erheblich voneinander ab.⁸⁴ Zudem intensiviert sich die Kooperation zwischen Russland – das nach der kurzen energiepolitischen Liaison mit Washington, einsah, dass es von dort keine Belohnungen zu erwarten hat - und der EU rapide.⁸⁵

Und schließlich ist **drittens** die Konkurrenz zwischen Dollar und Euro um die Rolle als Weltleitwährung für beide Seiten von enormer Bedeutung. Der ehemalige französische Premierminister Lionel Jospin betonte offen den Zweck der neuen Währung, die es Europa erlaube "der Dominanz des Dollars zu entkommen."⁸⁶ Eine Beendigung der Dollarhegemonie hätte für Washington, angesichts eines Handelsbilanzdefizits von 550 Mrd. Dollar und eines enormen Schuldenberges, katastrophale Folgen.⁸⁷ Selten wurde der diesbezügliche Zusammenhang von ökonomischen Interessen und militärischer Stärke so deutlich formuliert wie von Ex-Verteidigungsstaatssekretär Walter Stütze: "Die Sache ist einfach: Eine Union,

⁸² Wolf, Winfried, "Die militärische Absicherung der Globalisierung", in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2004), S. 8-13, S. 12.

⁸³ Neuber, *Militärmacht Europa*, S. 17.

⁸⁴ Warkotsch, Alexander, "Ressourcenkonflikt im Kaukasus: Europa und das kaspische Öl", in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/2004, S. 69-76.

⁸⁵ Kneissl, Karin, "Moskau sieht sich als natürlicher Verbündeter Europas in Energiefragen", in: *Raiffeisen Zeitung*, April 2003.

⁸⁶ Elliot, Michael, "The Euro: No Worries in Washington", *Newsweek*, 11.01.99.

⁸⁷ Vgl. Greider, William, "The End of Empire", *The Nation*, 23.09.02.

die sich nicht verteidigen kann, ist keine Union. Eine harte Währung, die eine schwache Verteidigung hat, ist auf lange Frist keine harte Währung."⁸⁸

"Mit anderen Worten", schreibt Michael Chossudovsky, "konkurrieren zwei rivalisierende Finanz- und Geldsysteme weltweit um die Kontrolle. Die geopolitischen und strategischen Implikationen sind weitreichend, weil sie sich auch in den Spaltungen westlicher Öl- und Rustungsindustrien zeigen."⁸⁹ Klar wird, dass aus europäischer Sicht militärische Stärke notwendige Bedingung für die Durchsetzung eigener Interessen ist. Entlarvend ist der Verweis Coopers auf die Eigenlogik des Militärischen: "Würde Europa anders handeln, wenn es mehr militärische Macht hätte? Wahrscheinlich ja. Auf wirtschaftlichem Gebiet, wo Europa mehr oder weniger als Einheit handelt und ein Gewicht ähnlich dem der Vereinigten Staaten hat, geht es sehr viel rauer und härter vor."⁹⁰

Dass auf Grundlage dieser Erkenntnis und angesichts dieser Konfliktkonstellation mit der Militarisierung der EU die Konflikte mit Washington weiter zunehmen werden, ist sehr wahrscheinlich: "Die transatlantische Rivalität hat bereits begonnen und wird sich unweigerlich verschärfen. Machtzentren konkurrieren von Natur aus um ihre Stellung, Einfluss und Prestige."⁹¹ Die Mehrheit der Indizien sprechen für die Richtigkeit dieser These.

Abnabelungsprozesse

„Die Sicherheitsanalyse ergibt: Wo die NATO bestimmt, kann Europa nicht bestimmen,“ erklärt Egon Bahr.⁹² Die unangefochtene amerikanische Vormachtstellung innerhalb der NATO war seit je her das wichtigste Mittel amerikanischer Einflussnahme in Europa.⁹³ Folgerichtig interpretiert Washington jede Schwächung der Allianz als Schwächung der eigenen Macht. Deshalb stellen für die USA seit langem europäische Kapazitäten zur Planung und Durchführung NATO- sprich US-unabhängiger Kriegseinsatze, eine rote Linie dar, vor deren berschreiten bereits unter Clinton scharf gewarnt wurde: „Nur eine der NATO klar untergeordnete europäische Komponente findet die Zustimmung der USA,“ warnte schon im Frühjahr 2000 US-Verteidigungsminister William Cohen.⁹⁴ US-Staatssekretär John Bolton bezeichnete die EU-Eingreiftruppe sogar als “ein Messer, dass auf das Herz der NATO gerichtet ist.”⁹⁵

⁸⁸ Pflüger, Tobias, *Mit Hochgeschwindigkeit in Richtung Militärmacht*, IMI-Aktuell-00-12-04.

⁸⁹ Chossudovsky, Michael, *The Anglo-American Military-Axis*, Centre for Research on Globalisation, 10.03.03.

⁹⁰ Cooper, "Macht und Ohnmacht aus europäischer Sicht", S. 34.

⁹¹ Kupchan, "The End of the West".

⁹² Neuber, *Militärmacht Europa*, S. 13.

⁹³ Vgl. Layne, *Death Knell for NATO?*, S. 2.

⁹⁴ Neuber, *Militärmacht Europa*, S. 15.

⁹⁵ Layne, *Death Knell for NATO?*, S. 2.

Dennoch, oder gerade wegen dieser Vorbehalte erweist sich im militärischen Bereich vor allem das „alte Europa“ als Antreiber hin zu einem militarisierten europäischen Gegenblock. Ein Meilenstein hierfür war der sogenannte "Pralinengipfel", das Treffen der Staatsoberhäupter Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs, Ende April 2003. Dort wurde die, explizit als Konsequenz aus dem amerikanischen Alleingang im Irak-Krieg begründete Entscheidung zum Aufbau eines unabhängigen Hauptquartiers für die Planung und Durchführung künftiger EU-Einsätze gefällt.

Wie zu erwarten war, wurden diese Pläne von Washington scharf kritisiert, denn ihre "Bedeutung liegt in der Demonstration der Unabhängigkeit von der NATO und damit Europas von den USA."⁹⁶ Nachdem offensichtlich wurde, dass weder amerikanische noch britische Vorbehalte die Errichtung verhindern würden, vollzog Tony Blair einen Schwenk, der zu einer gemeinsamen Erklärung mit Schröder und Chirac Ende September 2003 führte: „Wir sind gemeinsam überzeugt, dass die EU über eine gemeinsame Fähigkeit zur Planung und Führung von Operationen ohne Rückgriff auf NATO-Mittel und –Fähigkeiten verfügen muss.“⁹⁷ Offenbar war Blair bestrebt den Schaden für die transatlantischen Beziehungen zu minimieren, indem er zwar den Vorschlag eigenständiger Planungskapazitäten aufgriff, dabei aber durchsetzen konnte, diese als „EU-Zelle“ im NATO-Hauptquartier (SHAPE) in Mons einzurichten.

Damit wurde ein weiterer wichtiger Schritt zur Unabhängigkeit von der NATO vollzogen. Die Frage nach einem eigenständigen Hauptquartier ist jedoch keineswegs vom Tisch, sondern wurde lediglich vertagt. So äußerte sich der deutsche Verteidigungsminister Peter Struck: „*Im Augenblick* bin ich für eine Verortung in SHAPE“, womit er andeutet, dass das europäische Hauptquartier zumindest mittelfristig wieder aufs Tapet kommen wird.⁹⁸

Bereits heute verfügt die EU über mehrere Möglichkeiten zur Kriegsführung: „Damit stehen den Europäern bereits drei militärische Optionen zur Verfügung. Die NATO-Variante (wie im Krieg gegen Jugoslawien), der EU-geführte Militäreinsatz mit NATO-Unterstützung [Concorda] und die autonome EU-Operation [Artemis]. Größere Militäreinsätze sind in absehbarer Zeit nicht ohne NATO-Unterstützung möglich. Eben deshalb raten erfahrene Strategen dazu, das Wild nicht schon scheu zu machen, bevor man die Büchse hat.“⁹⁹

Um die militärische Abhängigkeit von den USA baldmöglichst weiter zu verringern, werden die knappen Ressourcen primär in kostspielige Beschaffungsprojekte gesteckt, die künftig

⁹⁶ Bonnart, Frederick, "A symbolic step toward real EU defense", *International Herald Tribune*, 23.12.03.

⁹⁷ Neuber, *Militärmacht Europa*, S. 11.

⁹⁸ Vincour, John, "German says EU planning unit should be attached to NATO", *International Herald Tribune*, 27.10.03; Hervorhebung JW.

⁹⁹ Neuber, *Militärmacht EU*, S. 12.

autonome EU-Kriegseinsätze ermöglichen sollen. Beispielhaft hierfür sind das Galileo-Satellitensystem für eigene Aufklärungskapazitäten und der Airbus A400M zur schnellen strategischen Verlegefähigkeit. Jacques Chirac forderte nachdrücklich solche Fähigkeiten und eine Beendigung der Abhängigkeit von Amerika, ansonsten drohe die Gefahr dass dies "unser Land unweigerlich in einen Vasallenstatus führen würde, zuerst wissenschaftlich, sowie technisch und danach industriell und ökonomisch."¹⁰⁰ An dem Bestreben, künftige EU-Einsätze unabhängig von jeglichem Einfluss der USA zu gestalten, wird kein Zweifel gelassen. Die Homepage der Bundeswehr stellt hierzu fest: "Diese Kräfte in Form einer europäischen Eingreiftruppe sollen für gemeinsame Einsätze der EU unabhängig von der NATO zur Verfügung stehen."¹⁰¹ Zudem wird betont, die Bildung der NATO Response Force dürfe keinesfalls zu Lasten autonomer europäischer Kapazitäten gehen: "Wir werden kein Konkurrenzverhältnis zulassen, das daraus erwächst, dass man dem Motto 'Es gibt jetzt nur noch die NATO-Response Force, die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik vergessen wir' folgt," äußert sich Struck.¹⁰²

So möchte man EU-Kapazitäten zur autonomen Kriegsführung verbessern, gleichzeitig aber auch den eigenen Einfluss in der NATO auf Kosten Washingtons ausweiten. So gibt Joschka Fischer an, er sei der Ansicht, es solle „ernsthaft über so etwas wie eine Eurogroup in der NATO“ diskutiert werden. Gleichzeitig fordert er Washington auf, „das Tabu der Bildung einer europäischen Gruppe“ in der NATO zu brechen und „dann auch zuzulassen.“¹⁰³ Weshalb Washington einer solchen massiven Schwächung seines Einflusses auf die Allianz allerdings zustimmen sollte, verschweigt der deutsche Außenminister.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die EU auf dem besten Wege ist "eine Supermacht auf dem europäischen Kontinent, ebenbürtig mit den Vereinigten Staaten," zu werden, wie EU-Kommissar Romano Prodi das Hauptziel der Gemeinschaft formulierte.¹⁰⁴ Ein Ziel, das erklärtermaßen gegen die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten (September 2002) verstößt, in der es heißt: „Der Präsident beabsichtigt nicht, es irgendeiner anderen ausländischen Macht zu erlauben, den gewaltigen Vorsprung, der sich den USA seit dem Kalten Krieg eröffnet hat, aufzuholen.“¹⁰⁵

¹⁰⁰ James, Barry, "U.S. Out of Line on Global Positioning, EU Says", *International Herald Tribune*, 19.12.01.

¹⁰¹ Haydt/Pflüger/Wagner, *Globalisierung und Krieg*, S. 74.

¹⁰² Neuber, *Militärmacht EU*, S. 13.

¹⁰³ Ebd., S. 12.

¹⁰⁴ Kupchan, Charles, *The End of the American Era*, New York 2002, S. 155.

¹⁰⁵ Interessanterweise wurde dieser Satz kurz vor der Veröffentlichung noch aus dem Dokument entfernt. Vgl. *Press Briefing by Ari Fleischer*, Office of the Press Secretary, 20.09.02. Im Originaldokument finden sich aber noch genügend ähnliche Hinweise: „Wir sind wachsam gegenüber einer erneuten Großmachtkonkurrenz.“ Um dies zu verhindern müsse das militärische Potenzial der Vereinigten Staaten „groß genug sein, um mögliche Gegner davon abzuhalten, in der Hoffnung die Macht der USA zu übertreffen oder einzuholen, eine militärische

Amerikanische Störfeuer

Aufgrund dieser Entwicklungen wird Europa in Washington immer häufiger eher als Gegner denn als Partner wahrgenommen. Naturgemäß drücken die Neokonservativen dies am deutlichsten aus, wenn etwa Pentagon-Berater Richard Perle "eine Strategie zur Eindämmung des ehemaligen Verbündeten" Frankreich fordert, weil es dort "Kräfte gibt, die beabsichtigen, Amerikas Weltrolle zu schmälern."¹⁰⁶ Michael Leeden geht sogar noch weiter: "Wir werden den Krieg gegen den Terror weit über die Grenzen des Mittleren Ostens ins Herz Europas verfolgen müssen."¹⁰⁷ Dabei sind kritische Stimmen nicht auf das Lager der Neokonservativen beschränkt. So erklärte der liberale Kolumnist der *New York Times*, Thomas Friedman, kürzlich: „Frankreich ist nicht einfach ein lästiger Verbündeter. Es ist nicht einfach ein eifersüchtiger Rivale. Frankreich ist dabei, zu einem Feind Amerikas zu werden.“¹⁰⁸

Diese Aussagen korrespondieren mit der Erkenntnis, dass sich die EU allmählich zu einem ernstzunehmenden Rivalen für die globale Führungsposition der Vereinigten Staaten entwickeln könnte, wie selbst der gemäßigte Joseph Nye befürchtet: "Die einzige Einheit mit der Fähigkeit, die Vereinigten Staaten in der näheren Zukunft herauszufordern, ist die Europäische Union, fall sie eine enge Föderation mit großen militärischen Kapazitäten wird. [...] Europa ist bereits heute im ökonomischen und transnationalen Bereich gut positioniert, ein strategisches Gegengewicht (to balance) gegen die Vereinigten Staaten zu bilden."¹⁰⁹ Andrew Sullivan von der *New Republic* warnte gar davor, die EU könnte Amerikas "gefährlichster Konkurrent seit der Sowjetunion" werden.¹¹⁰ Während manche versuchen die Gemeinsamkeiten der "westlichen Wertegemeinschaft" hervorzuheben, wird inzwischen immer offener auf beiden Seiten des Atlantiks von deutlich wahrnehmbaren kulturellen Unterschieden, ja Gräben gesprochen.¹¹¹ Der republikanische Kongressabgeordnete Henry Hyde, Vorsitzender des Ausschusses für Internationale Beziehungen im US-Repräsentantenhaus, sieht bereits „die Anfänge einer Auflösung der atlantischen Beziehungen. Mit den atlantischen Beziehungen meine ich mehr als nur die NATO. Ich meine einen ganzen Komplex von Verbindungen zwischen Amerika und Europa, die Identität der

Aufrüstung anzustreben.“ Siehe *The National Security Strategy of the United States of America*, The White House, 17.09.02, S. 30.

¹⁰⁶ "Pentagon Adviser: France 'No Longer Ally'", *NewsMax Wires*, 05.02.03.

¹⁰⁷ Laughland, John, "Becoming the 51st State", *Antiwar.com*, 20.05.03.

¹⁰⁸ Friedman, Thomas L., "France and the United States are at war", *International Herald Tribune*, 19.09.03.

¹⁰⁹ Nye, Joseph S. Jr., "The American national interest and global public goods", in: *International Affairs*, vol. 78, no. 2 (2002), S. 233-244, S. 243f.

¹¹⁰ Kagan, Robert, "A Good Weeks Work", *Washington Post*, 18.06.01.

¹¹¹ Hanson, Vicor, "Goodbye to Europe?", in: *Commentary Magazine*, October 2002; Vogel, "Das Ende des 'Westens'".

Interessen, die wir und unsere Verbündeten aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieg errichtet haben.“¹¹² Je deutlicher Europa als künftiger Rivale wahrgenommen wird, desto intensiver werden die amerikanischen Versuche, europäische Machtgewinne zu torpedieren.

So forderte eine gemeinsame Erklärung zahlreicher prominenter Demokraten kürzlich, US-Offiziellen müsse ein ständiger Sitz in zentralen EU-Gremien eingeräumt werden, um sicherzustellen, dass der transatlantische Graben nicht noch breiter werde.¹¹³ Ähnlich skurril und ebenso alarmierend sind Äußerungen des demokratischen Senators Carl Levin, der eine Breitseite auf das "alte Europa" abfeuerte, indem er die Frage aufwarf, ob die NATO künftig nicht die Mitgliedschaft eines Landes suspendieren müsse, wenn es sich "nicht mehr länger zu den fundamentalen Werten der Allianz bekennt."¹¹⁴

Nicht nur solch absurde Episoden wie die Umbenennung der "French Fries" in "Freedom Fries" oder Überlegungen, in Frankreich gefallene Soldaten in die USA zu überführen, zeugen von dem Ausmaß der Spannungen. Weit gravierender waren etwa die amerikanische Aufkündigung langjähriger Truppenübungen mit Frankreich und die Drohung, als Reaktion auf die US-kritische belgische Politik, eine Verlegung des NATO-Hauptquartiers in Erwägung zu ziehen. Auch setzt die US-Regierung alles daran, die auf Autonomie zielenden strategische Beschaffungsprojekte Europas unter allen Umständen zu verhindern.¹¹⁵

Des weiteren wird immer deutlicher, dass Washington eine Strategie der gezielten Spaltung Europas verfolgt. So erfolgte die Solidaritätserklärungen mit den USA und ihrer Irak-Politik im "Brief der Acht" und die anschließende Stellungnahme von zehn ost- und mitteleuropäischen Staaten ("Vilnius 10"), in engster Abstimmung mit dem Weißen Haus, das hiermit bewusst massive innereuropäische und transatlantische Konflikte verursachte.¹¹⁶

"Spalte und Herrsche" ist auch das Kalkül, das sich hinter Washingtons Befürwortung der doppelten Erweiterung von NATO als auch EU verbirgt, da man hofft, dies werde sich negativ auf die Integrationsfähigkeit Europas auswirken. Zudem soll mit der Aufnahme eindeutig pro-amerikanischer Länder in beide Organisationen Washingtons Einfluss auf Europa wieder gestärkt werden. Ein Grundsatzpapier des *Institute for Foreign Policy Analysis* fasst dieses Kalkül für die NATO-Osterweiterung folgendermaßen zusammen: „Estland,

¹¹² Pengelly, Owen, *NATO's Angry Sponsors*, BASIC Notes, 13.06.03.

¹¹³ *Joint Declaration: Renewing the Transatlantic Partnership*, Center for Strategic and International Studies, 14.05.03, S. 2.

¹¹⁴ Pengelly, *NATO's Angry Sponsors*.

¹¹⁵ Dies zeigt sich etwa in der amerikanischen Aufforderung, nicht den europäischen Airbus A400M zu bauen, sondern die amerikanische Boeing C-17 zu leasen. Siehe Fitchett, Joseph, "Pentagon in a League of Its Own", *International Herald Tribune*, 04.02.02; Siehe für die US-Versuche Galileo zu torpedieren: Lindström, Gustav/Gasparini, Giovanni, *The Galileo satellite system and its security implications*, Institute for Security Studies, Occasional Papers No. 44 (April 2003), S. 22f.

¹¹⁶ "Die Spalter in Washington", *Spiegel online*, 28.05.03.

Lettland und Litauen könnten den Teil eines Kerns ost- und zentraleuropäischer Staaten bilden, die als ‚neue Atlantiker‘ fungieren. Das sind Staaten, die ein zwingendes Interesse daran haben, die Vereinigten Staaten in europäische Sicherheitsangelegenheiten einzubinden. Die versichern wollen, dass kollektive Verteidigung der *raison d'être* der Allianz bleibt und die jede ‚Abwertung‘ der NATO in eine OSZE-ähnliche Organisation, oder deren Zurücksetzung hinter die europäische Verteidigungsidentität ablehnen. Ein wichtiger Punkt, der manchmal übersehen wird, ist, dass durch eine Erweiterung der NATO, in der gleichgesinnte Staaten, die mit der US-Sichtweise der Allianz sympathisieren, die Nützlichkeit der NATO für US-Interessen tatsächlich eher erhöht als gesenkt werden könnte.“¹¹⁷ Noch deutlicher wird Ruth Wedgewood, vom Pentagon-Beratungsgremium *Defense Policy Board*: "Die NATO-Erweiterung ist eine flankierende Maßnahme, um Westeuropa einzudämmen."¹¹⁸

Wie groß das europäische Misstrauen gegenüber den Vereinigten Staaten ist, zeigt eine Aussage Romano Prodis: „Ihre [Amerikas] vorherrschende Doktrin ist heute, ein gespaltenes Europa zu bekommen.“¹¹⁹ Der Maßnahmenkatalog, den der überaus einflussreiche Richard Perle der US-Regierung im Umgang mit Europa vorschlägt, bestätigt diesen Verdacht: In seinem neuesten Buch fordert er u.a. „anzuerkennen, dass ein eng integriertes Europa nicht mehr länger ein uneingeschränktes amerikanisches Interesse ist.“ Die Isolation Frankreichs innerhalb Europas sei voranzutreiben und gleichzeitig „das äußerste zu unternehmen, um die strategische Unabhängigkeit unseres britischen Verbündeten von Europa zu bewahren.“ Auch wäre es eine dringliche Aufgabe „Europäische Regierungen dazu zu zwingen, zwischen Washington und Paris zu wählen.“¹²⁰

Paris-Berlin-Moskau

Offenbar schaut man sich in Europa bereits nach Partnern für den Prozess einer Gegenmachtbildung um: "Wir müssen uns weiter um engere Beziehungen zu Russland bemühen, das einen wichtigen Faktor für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand bildet. Die Verfolgung gemeinsamer Werte wird die Fortschritte auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft bestärken. (ESS: 14). Viele sprechen schon offen von einem eurasischen

¹¹⁷ Davis, Jacquelyn K./Perry, Charles M./Sweeney, Michael J., *Strategic and Operational Implications of NATO Enlargement in the Baltic Region*, An IFPA White Paper, June 2002, S. 1.

¹¹⁸ Maresch, Rudolf, *Eurasische Gegenmacht*, Telepolis, 23.02.03.

¹¹⁹ Smith, Craig S., "Prodi looks to Europe's future while watching U.S.", *International Herald Tribune*, 11.08.03.

¹²⁰ Wagner, Jürgen, "Das „Handbuch zum Sieg“, in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2004), S. 27; Hervorhebung JW.

Gegenblock, der Achse Paris-Berlin-Moskau.¹²¹ Eine solche Allianz wird von einigen Wissenschaftlern schon seit längerem für wahrscheinlich gehalten.¹²²

Die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin vor dem Bundestag am 25. September 2001 kann geradezu als Einladung zu einem solchen Bündnis verstanden werden: „Ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbständiger Mittelpunkt der Weltpolitik nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.“¹²³

Gerade die beiderseitigen Interessen im Energiebereich könnten Ausgangspunkt für intensivere Beziehungen werden, wie ein renommierter russischer Fachmann für Außenpolitik feststellt: „Integration im Energiebereich bietet eine gute Grundlage für das aufkommende Rapprochement sowohl auf politischem und militärpolitischem Gebiet, als auch in der Wissenschaft, dem Ingenieur- und Bildungswesen.“¹²⁴

Auch und vor allem im militärischen Bereich schreitet die Zusammenarbeit voran. So kooperiert man in den Bereichen Luft- und Raumfahrt immer enger. Im Herbst 2002 soll sogar in einem französisch-russischen Geheimvertrag die Entwicklung eines Kampfflugzeuges der fünften Generation beschlossen worden sein. Zudem kam es auch zu gemeinsamen Manövern im Oktober 2003.¹²⁵ Ebenso intensiviert sich die militärische Kooperation zwischen Deutschland und Russland.¹²⁶

Offenbar werden diese Entwicklungen auch in den USA ernstgenommen. Ein Papier der *Heritage Foundation* kommt zu dem Schluss: „Solch eine Koalition könnte sich über den Irak hinaus als dauerhaft und kohärent erweisen. [...] Zusammengenommen hat die französisch-deutsch-russische Kombination sämtliche Merkmale einer Großmacht, die fähig wäre auf globaler Ebene ein Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten zu bilden. Frankreich liefert dabei die politische und ideologische Führung, Deutschland die ökonomische Macht und Russland die militärischen Utensilien.“ Folgerichtig kommt die Studie zu dem Schluss: "Die

¹²¹ Vgl. Rahr, Alexander, "Wladimir Putin besinnt sich auf alte Traditionen und will Amerika in Europa die Stirn bieten", *Die Welt*, 04.04.03; Vgl. auch die Beiträge auf der Internetseite www.paris-berlin-moscou.org.

¹²² "Europa und Russland sind wieder enge Nachbarn, während die USA und Russland es nicht sind. Auf lange Sicht scheint der russische ökonomische und politische Erfolg vital für Europas eigene Sicherheit und Wohlstand zu sein." Siehe Calleo, David P., "Will NATO last?", in: Calleo, David P. (ed), *NATO's New strategy & ESDI*, Maastricht 1999, S. 11-18, S. 13.

¹²³ Ritzenhofen, "Kerneuropa eurogaullistisch denken?"

¹²⁴ Lange, Peer H., "Die 'Nördliche Dimension': Europäische Energieversorgung und –Sicherheit", in: *Internationale Politik*, 1/2001, S. 29-36, S. 29; "Putin scheint sich mit aller Macht um eine neue strategische Energieallianz mit der Europäischen Union zu bemühen." Siehe Rahr, Alexander, "Energieressourcen im Kaspischen Meer", in: *Internationale Politik*, 1/2001, S. 37-42, S. 42.

¹²⁵ Thomas, Johannes, "Paris-Moskau: die neue strategische Achse?", in: *Dokumente*, 4/2003, S. 49-51.

¹²⁶ "Armeen Russlands und Deutschlands bauen Zusammenarbeit aus", *DPA*, 10.06.02.

Verewigung einer französisch-deutsch-russischen Allianz, die als Gegengewicht gegen die USA geplant ist, zu verhindern, muss als ein vorrangiges amerikanisches Sicherheitsinteresse angesehen werden."¹²⁷

Kerneuropa als Antreiber des Gegenmachtprozesses

Ob sich der gegenwärtige Trend weiter verschärft, wird sich an zwei Fragen entscheiden. Einmal, ob die Vereinigten Staaten mit ihrer unilateralistischen Hegemonialpolitik fortfahren, was angesichts der oben beschriebenen strategischen Präferenzen Washingtons, selbst für den Fall einer Abwahl Bushs, sehr wahrscheinlich sein dürfte. Und zweitens, ob sich insbesondere Deutschland und Frankreich, die stärksten Befürworter eines militarisierten Gegenmachtprojektes, innerhalb Europas, gegen die Transatlantiker werden durchsetzen können.

Während Frankreich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den augenblicklichen Kurs auch künftig beibehalten wird, gibt es in Deutschland – insbesondere innerhalb der CDU – namhafte Befürworter eines engen Bündnisses mit den USA,¹²⁸ weshalb die Entwicklung Deutschlands maßgeblich für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen sein wird: "Deutschland ist das entscheidende Land. Mit einem weiterhin pro-atlantischen Deutschland bleibt das Projekt ein europäisches Gegengewicht zu den USA zu errichten, eine gaullistische Verstiegtheit. Aber mit einem die französische Vision unterstützenden Deutschland wird Europa grob in eine pro-atlantische und eine anti-amerikanische Hälfte zerfallen."¹²⁹

Augenblicklich spricht einiges dafür, dass Deutschland den eingeschlagenen Kurs fortsetzen wird, in enger Kooperation mit Frankreich, auch gegen heftigste innereuropäische Widerstände ihre Vision einer – von ihnen dominierten - autonomen europäischen Militärmacht durchzusetzen.¹³⁰ Offensichtlich wurde dies anhand des Scheiterns der EU-Verfassung. Da sich vor allem Spanien und Polen weigerten, die beim EU-Gipfel in Nizza beschlossene Stimmengewichtung zugunsten Deutschlands und Frankreichs zu ändern, machten sich diese wenig Mühe, ließen den Gipfel kurzerhand platzen und kündigten eine "strukturierte Zusammenarbeit" an. Diese soll ihren Vorstellungen Nachdruck verleihen und zögerliche oder widerständige Staaten gezielt unter Druck setzen, wie Fischers Ausführungen

¹²⁷ Hulsman, John C., *Cherry-Picking: Preventing the Emergence of a Permanent Franco-German-Russian Alliance*, The Heritage Foundation Background, No. 1682 (August 2003), S. 1f.

¹²⁸ Alarmiert von den immer gravierender werdenden Konflikten richtete die CDU-nahe Konrad-Adenauer Stiftung sogar eine Internetseite ein, die der "fundamentalen Wichtigkeit enger transatlantischer Beziehungen" gewidmet ist.

¹²⁹ Sikorski, *The Future of Transatlantic Relations*.

¹³⁰ Zudem belegen Umfragen, dass die überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung in Frankreich (49%) nicht in den USA (17%) den wichtigsten deutschen Partner sieht. Siehe Noelle-Neumann, Elisabeth, "Ein Gefühl echter Freundschaft", *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.05.03.

belegen: „Diejenigen, die weitergehen wollen - in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in der Zusammenarbeit bei der Innenpolitik, bei Justiz und Recht -, werden weitergehen, wenn die Verfassung scheitert. Sie werden es um so entschiedener tun, je weniger sie daran glauben, dass dieses Europa als Ganzes handlungsfähige Strukturen bekommt. [...] Das Kerneuropa, von dem ich rede, ist kein Ziel, nur faktische Konsequenz dessen, was wir zurzeit erleben.“¹³¹ Was zu erleben, war, war die Tatsache, dass Deutschland und Frankreich auf Widerstand stießen und hierauf mit einer gnadenlosen Ellenbogendiplomatie reagierten: "Was sich gegenwärtig in Europa abspielt ist eiskalte Machtpolitik. Und sie zeigt ihre Wirkungen: Sobald das Wort Kerneuropa in den Agenturmeldungen auftauchte beeilten sich die Regierungschefs, dazuzugehören: Österreich, Ungarn und Tschechien meldeten bereits Interesse an, zu den Pionieren zu gehören, auch den Benelux-Staaten wird nichts anderes übrig bleiben."¹³²

Wenn sich also Paris und Berlin auch weiterhin einig sind, spricht wenig dafür, dass das "neue Europa" in der Lage sein wird, diesen Prozess zu behindern. Über kurz oder lang werden diese Staaten sich allein schon aufgrund ihrer wirtschaftlichen Erfordernisse zwangsläufig dem "alten Europa" zuwenden.¹³³ Aber auch die großen pro-amerikanischen Länder, allen voran Großbritannien, scheinen kaum über Möglichkeiten zu verfügen, dieses Gegenmachtprojekt zu torpedieren. Zwar ist dies gegen den Widerstand Londons ungleich schwerer zu erreichen und augenblicklich deutet auch wenig auf einen Bruch Großbritanniens mit den USA hin,¹³⁴ allerdings lässt sich auch feststellen, dass London nicht in der Lage ist, deutsch-französische Vorstöße wie das europäische Hauptquartier effektiv zu verhindern. Im Gegenteil, sei es um diese Initiativen abzumildern oder um den eigenen Einfluss nicht zu verlieren, meist springt man selbst auf den fahrenden Kerneuropa-Zug auf.¹³⁵

So gibt es zwar noch einige Unbekannten, die eine europäische Rivalität zu den USA verhindern könnten, derzeit scheint jedoch vieles in eine solche Richtung zu tendieren. In jedem Fall ist der Verweis, die USA seien militärisch so überlegen, dass eine Aufrüstung von vorneherein sinnlos sei, falsch: "Wie diese Aufrüstungsbestrebungen und Blockbildungen ausgehen, ist noch unklar. Heute zu sagen, der Abstand der europäischen Rüstungsindustrie sei im Vergleich zum US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplex viel zu groß;

¹³¹ Pflüger, Tobias, "Das militarisierte KernEUropa kommt EU-Verfassung gescheitert - EU-Militärstrategie verabschiedet - Chance für die Kampagne gegen diese EU-Verfassung", in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2004), S. 17-19, S. 18.

¹³² Marischka, Christoph, "With or without you: Nach dem gescheiterten EU-Gipfel", in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2004), S. 20-21, S. 20.

¹³³ Saunders, Paul, "One Europe, Two Europe, Old Europe, New Europe", in: *In the National Interest*, Vol. 2, Issue 30, 30.07.03.

¹³⁴ Pfaff, William, "When time-honored ties become a short leash", *International Herald Tribune*, 24.07.03.

¹³⁵ Vincour, John, "Subtle shift by Britain on defense in EU", *International Herald Tribune*, 15.10.03.

dieser Abstand könne nicht reduziert, erst recht nicht könne eine EU die USA auf diesem Gebiet einholen, ist wissenschaftlich und vor dem Hintergrund der Geschichte nicht haltbar."¹³⁶

Kanonen statt Butter? Alternativen zur Militarisierung der EU

Sämtliche Argumente, weshalb eine Militarisierung der Europäischen Union notwendige Bedingung sei, um die transatlantischen Beziehungen auf eine vernünftige Basis zu stellen, erweisen sich – zumindest wenn man Frieden und Entwicklung als Ziel europäischer Außenpolitik begreift - als wenig stichhaltig.

Die Befürworter einer militärisch forcierten Zivilisierung amerikanischer Außenpolitik, versäumen es plausibel zu erklären, weshalb man hierfür eine weltweit einsatzbereite Interventionstruppe benötigt, anstatt die berechtigte Kritik an dieser Politik mit nicht-militärischen Mitteln zu untermauern. Zudem basiert die Annahme, ausgerechnet eine Militarisierung der EU könne Washington zu einer zurückhaltenderen Verhalten veranlassen, größtenteils auf Wunschdenken: "Amerika wird nicht aufhören zum Unilateralismus zu tendieren, nur weil Europa sich entscheidet seine Verteidigungskapazitäten aufzupeppen, aller Wahrscheinlichkeit nach sogar genau im Gegenteil."¹³⁷ Auffällig ist die Ziel-Mittel Diskrepanz dieser Position: "Gefragt werden kann, ob der Aufbau eines militärischen Gegengewichts zu den USA im Sinne der [...] geforderten Rolle Europas als demokratie- und friedenswahrende Kraft wünschbar ist oder ob hierdurch nicht die [...] kritisierte Logik gewaltorientierter Politikstrategien übernommen wird."¹³⁸ Das eindeutig identifizierbare Bestreben, die europäische Militarisierung zur Verbesserung der eigenen Position, entweder durch eine Machtverschiebung im transatlantischen Verhältnis oder über ein militarisiertes Gegenmachtprojekt, zu nutzen, führt das Argument, man benötige europäisches Militär zur Erlangung einer friedvolleren Welt, endgültig ad absurdum.

Genausowenig kann eine Unterstützung der aggressiven US-amerikanischen Außenpolitik eine vernünftige Perspektive darstellen. Es ist gerade diese Politik militärisch-gestützter

¹³⁶ An dieser Stelle genügt der Verweis, dass es Deutschland zweimal im 20. Jahrhundert gelang, in kürzester Zeit einen ähnlich großen Vorsprung aufzuholen. Vgl ausführlich Wolf, "Die militärische Absicherung der Globalisierung", S. 12.

¹³⁷ Power, Jonathan, *Europe Shouldn't Imitate the U.S. on the Military Front*, TFF Press Info 194, 28.01.04; Zu einem Ähnlichen Schluss gelangt auch der Amerikaexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik: "Europa mag so als Juniorpartner auch militärisch interessanter für die USA werden. Doch die auf europäischer Seite verbreitete Hoffnung, dass ein größerer militärischer Beitrag auch zu größerem politischem Einfluss auf die amerikanische Weltpolitik führen werde, dürfte allzu oft enttäuscht werden." Siehe Rudolf, Peter, *Übermächtiges Amerika, machtloses Europa? Arbeitsteilung statt globaler Partnerschaft*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Jour Fixe USA, 17.05.02.

¹³⁸ Oppeln, Sabine von, "Die imperiale Bedrohung der USA in der französischen Literatur – eine Sammelrezension", in: *Dokumente*, 4/2003, S. 19-26, S. 21.

Interessenswahrung, die zahlreiche Krisen im internationalen System – inklusive dem Terrorismus – verschärft oder erst hervorbringt und sich damit als permanenter "Krisenfaktor" erweist.¹³⁹

Allerdings würde ein militärisches Gegenmachtprojekt ebenfalls auf einen gefährlichen Kurs führen, denn damit würde die EU sich zumindest mittelfristig zu genau dem entwickeln, was Washington erklärtermaßen verhindern will: Einem militärisch potenten Rivalen. Selbst wenn anfangs noch versucht würde, eine eigene Agenda gegen die USA durchzusetzen, die wenigstens eine teilweise weniger aggressive Politik anstrebt, wird deren militärische Unterfütterung fast zwangsläufig in einen Machtkonflikt mit Washington münden. In dieser Situation geht es dann nicht mehr um Werte, sondern um das Niederringen des Gegners, was wiederum einzig durch eigene machtmaximierende Schritte erreichbar ist. Unweigerlich würde eine zweite Macht etabliert werden, deren Präferenzen ebenfalls nicht auf einem friedlichen Zusammenleben der Völker liegen, sondern ausschließlich in Kategorien militärischer Interessenswahrung denkt. Gerade weil derzeit so viele Indizien dafür sprechen, dass Europa sich auf Kollisionskurs mit den USA befindet, ist jeglichen Bestrebungen, einen militärischen Gegenblock zu bilden, eine Absage zu erteilen.¹⁴⁰ "Ist es nicht in einer Zeit nie dagewesenen Friedens zwischen den Großmächten der Welt das letzte was die Welt braucht, den militärischen Arm eines neuen politischen Blocks aufzubauen?"¹⁴¹ Eine unilateralistisch-militaristische Macht ist schon zuviel, es braucht keine Zweite. In einem nämlich trifft Kagans Analyse sicherlich zu: Die bloße Fähigkeit zur rigorosen militärischen Interessenswahrung vergrößert den Anreiz und die Bereitschaft, dieses auch durchzuführen. Wer über den Hammer verfügt, für den sind alle Probleme Nägel.

Seltsam erscheint, dass hierzulande die Militarisierung der Europäischen Union als derart alternativlos betrachtet wird. Beispielhaft hierfür ist die Einschätzung Claus Leggewies: "Das Dilemma besteht darin, dass die Europäische Union mit ihrer gemeinsamen Sicherheitspolitik nach dem Irak-Debakel kaum voran gekommen ist und sie, pointiert gesagt, nur zwei Sorten von Selbstmord zur Auswahl hat: Sie kann sich entscheiden, an der Seite, aber nicht einmal mehr als Juniorpartner Amerikas, dessen abenteuerliche Fahrt ins Ungewisse mitzumachen. Oder sie kann (auch im Gegensatz zu dieser imperialen Macht!) massiv aufrüsten und damit die Axt an dem europäischen Wohlfahrtsstaat legen, der die kollektive Identität der Alten

¹³⁹ Wagner, *Das ewige Imperium*; Vgl. auch Johnson, Chalmers, *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie*, München 2003.

¹⁴⁰ Emanuel Todd bspws. fordert Europa dazu auf, sich als Konsequenz aus der aggressiven US-Politik zu emanzipieren und "zu einer echten strategischen Unabhängigkeit [zu] gelangen, indem es seine nukleare Schlagkraft erhöht." Siehe Todd, *Weltmacht USA*, S. 217.

¹⁴¹ Power, *Europe Shouldn't Imitate the U.S.*

Welt nachhaltig bestimmt hat."¹⁴² Dass neben diesen – zurecht als solche bezeichneten – Formen des Selbstmordes, noch eine weitere Möglichkeit existiert, scheint derzeit in den Köpfen europäischer Politiker und Wissenschaftler ebenso wenig präsent zu sein, wie die Tatsache, dass mit jeglicher Form der EU-Militarisierung, die Perspektiven für eine progressive EU-Politik weitestgehend begraben würden.

Ein militarisiertes Gegenmachtprojekt ist abzulehnen, da es die Gefahr in sich birgt, in eine Blockkonfrontation mit den USA zu münden. Genauso wenig dürfen aber die Vereinigten Staaten Unterstützung bei ihrer konfliktverschärfenden Außenpolitik erfahren. Demzufolge kann es nicht um das Ob, sondern um das Wie gehen, den von Oberstleutnant Jürgen Rose geforderten "Bruch mit den USA zu riskieren": "Für eine EU, die sich vom Vasallenstatus gegenüber der Hegemonialmacht befreien will, folgt daraus: der Königsweg, dieses Ziel zu erreichen, kann mitnichten darin bestehen, selbst Status und Potenz einer globalen Militärmacht anzustreben, sondern vornehmlich dank Diplomatie und wirtschaftlicher Stärke eine eigene geo-ökonomisch fundierte Globalstrategie zu entwickeln."¹⁴³

Auch der ehemalige deutsche UNO-Botschafter Hans Arnold plädiert für nicht-militärischen Widerstand gegen Washingtons imperiale Politik: "[Die EU] sollte sich immer und vor allem in allen Krisensituationen als Vorreiterin verstehen für die Vermeidung, aber auch Lösung von internationalen Problemen. [...] Dies wäre ein der EU nach ihren Ursprüngen, ihrer Geschichte und ihrer Politik angemessener kooperationspolitischer Gegenentwurf zur amerikanischen Interventionspolitik. Er wäre für die USA sicher gelegentlich unbequem, aber er wäre vernünftig und für die USA letztlich tolerierbar, und er wäre von der EU besser durchzuhalten als der Versuch, den USA eine ihrer Politik ähnelnde und ihnen gegenüber konkurrenzuelle interventionistische ESVP-Weltmacht-Politik entgegenzusetzen."¹⁴⁴

Weder ein militarisierter europäischer Gegenblock noch ein westlicher "ideeller Gesamtimperialismus", werden Konflikte und Kriege verhindern können - im Gegenteil. Dies ist auch nicht Sinn und Zweck beider Konzepte, sie folgen lediglich der Logik militärischer Interessenswahrung. Es ist Zeit dieser Entwicklung eine starke anti-militaristische Bewegung entgegenzusetzen, die diese Logik - ob mit oder gegen die USA - angreift.

So kann festgehalten werden, dass ohne eine Rücknahme der begonnenen Schritte zur

¹⁴² Leggewie, Claus, "Ein Empire der Demokratie?", in: Speck, Ulrich/Sznaider, Natan, *Empire Amerika: Perspektiven einer neuen Weltordnung*, München 2003, S. 199-218, S. 217.

¹⁴³ Rose, Jürgen, "Vom Sieger entfernen: Den Bruch riskieren (II)", in: *Freitag*, 04/2004; Vgl. ähnlich: "Für die Europäische Union hieße dies aber vor allem, der kontraproduktiven Versuchung zu widerstehen, eine eigene militärische Gegenmacht zu den USA aufzubauen, um diesen die Rolle des Weltpolizisten streitig machen zu können." Siehe Mahnkopf, "Neoliberale Globalisierung und Krieg", S. 55.

¹⁴⁴ Arnold, Hans, *Sicherheit für Europa durch Kooperation: Gegenentwurf zur Interventionspolitik*, Stiftung Entwicklung und Frieden, Policy Paper 18, Juni 2001, S. 10.

Militarisierung der europäischen Außenpolitik, ernste Konflikte kaum zu verhindern sein werden. Deshalb sollte über eine verstärkte militärische Integration der Europäischen Union lediglich in einem eng gesteckten Rahmen nachgedacht werden. Dieser sähe allenfalls die Bildung einer gemeinsamen *Verteidigungsarmee* vor, die *strukturell für Angriffsoperationen unfähig* wäre. Dies sollte als Zwischenschritt in Richtung einer weiteren Abrüstung verstanden werden, erfordert aber gleichzeitig zwingend, dass die europäischen Staaten ebenso schrittweise und *parallel hierzu* zur Aufgabe ihrer nationalen Armeen bereit wären. Ein zwar unwahrscheinliches aber einzig vernünftiges Szenario, würde es doch zusätzlich die Gefahr wiederaufkeimender nationaler Rivalitäten innerhalb Europas beträchtlich vermindern. Die hiermit gesparten Ressourcen sollten direkt in die nationale und internationale Bekämpfung von Armut fließen. Angesichts des dramatischen Sozialabbaus stellt sich die Frage, ob bei ausreichender Thematisierung die Bevölkerung weiter zur Finanzierung dieser Militarisierung bereit sein wird. Genau hier sind die Ansätze für Widerstand zu suchen, um den begonnenen Militarisierungsprozess aufzuhalten, wenn möglich sogar rückgängig zu machen. Denn die Bevölkerung teilt keineswegs die Sichtweise, dass der sogenannten Bedrohungstriade mit militärischen Mitteln begegnet werden sollte.¹⁴⁵ Wenn zudem Bundeskanzler Schröder eine explizite Verbindung zwischen Agenda 2010 und dem damit einhergehenden Sozialabbau und einer "Emanzipation Europas in der internationalen Politik" herstellt, sollte genau diese Kausalität aufgedeckt und ihre Notwendigkeit in Frage gestellt werden.¹⁴⁶ Wenigen Teilen der Bevölkerung dürfte die Sichtweise des Leiters der Internationalen Politikanalyse der *Friedrich-Ebert-Stiftung* in Bonn, Michael Dauderstädt, einleuchten: "Europa braucht eine gemeinsame Rüstungspolitik statt der Gemeinsamen Agrarpolitik, also Kanonen statt Butter."¹⁴⁷

Es kann natürlich nicht nur das Ziel sein, rein national Gelder umzuverteilen. Unbedingt sollte man sich einer zentralen Erkenntnis der Europäischen Sicherheitsstrategie (3) stellen: "Jedes Jahr sterben 45 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung. [...] Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung." Gleichzeitig ist Entwicklung ebenso auch die Vorbedingung für Sicherheit. Genau diese Feststellung offenbart die dramatischen Defizite der europäischen (Un)Sicherheitsstrategie. Denn die von der Bedrohungstriade ausgehenden Gefahren sind militärisch nicht lösbar. Sie hängen allesamt und primär mit den Auswirkungen und Folgen neoliberaler Globalisierung zusammen, die sich in der Verarmung weiter Teile der Welt

¹⁴⁵ Eine repräsentative Umfrage ergab, dass 80% der Deutschen eine militärische Proliferationsbekämpfung, das Kernstück der Europäischen Sicherheitsstrategie, ablehnen. Vgl. Henken, Lühr, *Begräbt die EU ihren zivilen Charakter?*, IMI-Standpunkt, 2003/066.

¹⁴⁶ Haydt/Pflüger/Wagner, *Globalisierung und Krieg*, S. 68.

¹⁴⁷ Wolf, "Die militärische Absicherung der Globalisierung", S. 12.

manifestieren. Wie eine neue Studie der Weltbank feststellt, ist Armut für nahezu sämtliche derzeitigen Konflikte der entscheidende Auslöser.¹⁴⁸

Statt den wohl recht aussichtslosen Versuch zu unternehmen, die durch die neoliberale Globalisierung verursachten Spannungen militärisch unter Kontrolle zu bringen und damit dieses System der Ausbeutung aufrecht zu erhalten, ist ein radikaler Kurswechsel vonnöten. Andernfalls werden lediglich die Symptome nicht die Ursachen gegenwärtiger Probleme angegangen. In diesem Kontext sollte endlich erkannt werden, dass Friedenspolitik Entwicklungs- und nicht Militärpolitik ist. Die Verringerung der Armut in der Dritten Welt würde einen weit größeren Beitrag zur Lösung von Konflikten leisten, als jegliche Militarisierung, die aller Wahrscheinlichkeit eher das Gegenteil bewirken wird. Ein erster wichtiger Schritt wäre der Abbau europäischer Handelsschranken für Produkte aus der Dritten Welt und eine massive Erhöhung der Entwicklungshilfe.

Auch im Verhältnis zu den USA gibt es nicht-militärische Optionen, wie sich Europa für eine friedvollere Welt einsetzen könnte. So hat sich gezeigt, dass ein Ausbau rechtlicher Verpflichtungen auch ohne oder sogar gegen die USA erreichbar ist, wie Jessica Mathews vom *Carnegie Endowment for International Peace* feststellt: "Die Vereinigten Staaten haben die Bereitwilligkeit der Welt, internationale Vereinbarungen - trotz amerikanischem Widerstand - zu akzeptieren, hochgradig unterschätzt, wenn diese Vereinbarungen die Unterstützung der EU genießen."¹⁴⁹

Auf dieser Erkenntnis sollte aufgebaut werden. Natürlich sollten die Vereinigten Staaten jederzeit eingeladen werden, sich an weiteren Verrechtlichung der internationalen Beziehungen zu beteiligen, ihre Weigerung darf aber nicht die Beerdigung jedweder Initiativen nach sich ziehen. So ließe sich auch der Druck auf die USA verstärken. Wenn dies von weiten Teilen der Welt aktiv vorangetrieben wird, kann sich auch die einzige Weltmacht nicht ewig dem Ausbau rechtlicher Strukturen verweigern. Hierfür, und insbesondere für eine Stärkung des Völkerrechts, könnte die EU einen entscheidenden Beitrag leisten. Dies erfordert aber eine klare Absage an die Idee "doppelter Standards" und ein konsequentes Bekenntnis zur Einhaltung völkerrechtlicher Prinzipien.

Auch sollte die OSZE mit ihren Komponenten friedlicher Konfliktlösung und ihrer breiten Mitgliedschaft wieder gestärkt werden. Inwieweit Überlegungen wünschenswert und sinnvoll sind, den USA im ökonomischen Bereich mit gezielten Wirtschafts- und Handelsstrategien zu schaden - bspws. über eine Kampagne zur Preisbindung von Öl an den Euro -, um sie von

¹⁴⁸ Haydt/Pflüger/Wagner, *Globalisierung und Krieg*, S. 7ff.

¹⁴⁹ Woollacott, Martin, "It is still America against the world, war or no war Hopes of the growth of a new multilateralism are exaggerated", *The Guardian*, 30.11.01.

ihrem hegemonialen Kurs abzubringen, wie es Rose vorschlägt, erscheint zwar fraglich, sollte aber in jedem Fall sorgfältig diskutiert werden.¹⁵⁰

Abschließend ist es notwendig darauf hinzuweisen, dass sich die transatlantischen Beziehungen keinesfalls naturgesetzlich hin zu einer militärischen Konfrontation entwickeln müssen. In diesem Zusammenhang gilt es den Determinismus mancher Weltsystemanalytiker und Hegemonialtheoretiker zu hinterfragen. Denn ein absteigender Hegemonialzyklus muss keineswegs zwangsläufig zu einem Krieg führen. Erinnert sei an den friedlichen Untergang der Sowjetunion.¹⁵¹ Es gilt also in den USA jene Kräfte zu stärken, die jegliche militärische Interessenswahrung ablehnen und damit in Kauf nehmen, dass Washington seine Hegemonialposition mittelfristig einbüßen wird. Die anstehende Aufgabe ist es, sich für den Aufbau eines multipolaren Systems einzusetzen, in dem die Interessen aller Staaten – insbesondere die der dritten Welt – Berücksichtigung finden. Dass eine solche Welt von europäischen Staatslenkern ebenso wenig angestrebt wird, wie von ihren amerikanischen Kollegen, spricht Bände über die Intentionen europäischer Aufrüstung und macht Widerstand hiergegen zu einer vordringlichen Aufgabe.

¹⁵⁰ Rose, "Vom Sieger entfernen".

¹⁵¹ "Imperien geben ihr Reich nicht kampflos auf, so lautet ein Standardsatz in der Lehre von den internationalen Beziehungen. Die UdSSR waren eine der seltenen Ausnahmen von dieser Regel." Siehe Johnson, *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie*, S. 30; Vgl. auch Lobell, *The Challenge of Hegemony*; Kupchan, *The End of the American Era*.

Bibliografie

- "Armeen Russlands und Deutschlands bauen Zusammenarbeit aus", *DPA*, 10.06.02
- Arnold, Hans, *Sicherheit für Europa durch Kooperation: Gegenentwurf zu Interventionspolitik*, Stiftung Entwicklung und Frieden, Policy Paper 18, Juni 2001
- Asmus, Ronald D./Pollack, Kenneth M., "The New Transatlantic Project", in: *PolicyReview*, No. 115 (October & November 2002)
- Barnett, Thomas P.M., "Die neue Weltkarte des Pentagon", in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2003, S. 554-564
- Bhatti, Robin/Bronson, Rachel, "NATO's Mixed Signals in the Caucasus and Central Asia", in: *Survival*, vol. 42, no. 3 (Autumn 2000), S. 129-145
- Bock, Andreas, "Europa braucht eine Armee", *Netzeitung*, 03.06.03
- Böge, Volker, "Europa auf dem Weg zur militärischen Großmacht", in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), *Jahrbuch '02/03*, Köln 2003, S. 101-108
- Boot, Max, "America and the UN, together again?", *International Herald Tribune*, 05.08.03
- Bonnart, Frederick, "A symbolic step toward real EU defense", *International Herald Tribune*, 23.12.03
- Borchert, Heiko, *Europas Sicherheitsarchitektur: Erfolgsfaktoren - Bestandesaufnahme - Handlungsbedarf*, St. Gallen, Univ., Diss., 1999
- Borchert, Heiko/Maurer, Daniel, *Neuanfang, Baukasten oder Ablösung? Fünf Szenarien zur Zukunft der NATO*, DIAS Analyse Nr. 5 (Januar 2004)
- Broughton, Philip Delves, "France to aim nuclear arms at rogue states", *Daily Telegraph*, 28.10.03
- Brezezinski, Zbigniew, "Living With a New Europe", in: *The National Interest*, No. 60 (Summer 2000)
- Burns, Richard, "An Alliance with a new mission", *International Herald Tribune*, 24-25.05.03
- Burns, Nicholas, *The New NATO and the GreaterMiddle East*, Remarks at Conference on NATO and the Greater Middle East Prague, Czech Republic, 19.10.03, URL: <http://www.state.gov/p/eur/rls/rm/2003/25602.htm> (eingesehen 23.12.03)
- Calleo, David P., "Will NATO last?", in: Calleo, David P. (ed), *NATO's New strategy & ESDI*, Maastricht 1999, S. 11-18
- Calleo, David P., "Balancing America: Europe's International Duties", in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 1/2003, S. 43-60

- Cameron, Fraser, "Europas neue Sicherheitsstrategie", in: *Internationale Politik*, 1/2004, S. 39-50
- Chiesa, Giulietto, *Das Zeitalter des Imperiums. Europas Rolle im Kampf um die Weltherrschaft*, Hamburg 2003
- Chossudovsky, Michael, *The Anglo-American Military-Axis*, Centre for Research on Globalisation, 10.03.03
- Cooper, Robert, "The new liberal imperialism", *The Observer*, 07.04.02
- Cooper, Robert, "Macht und Ohnmacht aus europäischer Sicht", in: *Internationale Politik*, 5/03, S. 31-38
- Cronin, Bruce, "The Paradox of Hegemony: America's Ambiguous Relationship with the United Nations", in: *European Journal of International Relations*, vol. 7 (1), March 2001, S. 103-130
- Czempiel, Ernst-Otto, "Am Scheideweg. Zur Situation der Atlantischen Gemeinschaft", in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/00, S. 568-579
- *Die Militärischen Strukturen und Fähigkeiten der Europäischen Union*, o.J., URL: <http://ue.eu.int/pesc/military/de/homede.htm> (eingesehen 05.02.04)
- Davis, Jacquelyn K./Perry, Charles M./Sweeney, Michael J., *Strategic and Operational Implications of NATO Enlargement in the Baltic Region*, An IFPA White Paper, June 2002
- "Die Spalter in Washington", *Spiegel online*, 28.05.03
- Donnelly, Thomas, *What's Next? Preserving American Primacy, Institutionalizing Unipolarity*, *American Enterprise Institute*, 22.04.03
- Du Boff, Richard B., "U.S. Hegemony: Continuing Decline", *Enduring Danger*, in: *Monthly Review* (Dezember 03)
- Eilstrup Sngiovanni, Mette, "Why a Common Security and Defense Policy Is Bad for Europe", in: *Survival*, Vol. 45, No. 4 (Winter 2003-2004), S. 193-206
- Elfferding, Wieland, "Euronationalismus statt Pax Americana?", in: *Freitag*, 23/2003
- *ESVP - die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik*, Politik und Zeitgeschichte (Stand 30.01.04), URL: <http://www.crp-infotec.de/03ep/esvp.html> (eingesehen 07.02.04)
- Elliot, Michael, "The Euro: No Worries in Washington", *Newsweek*, 11.01.99
- *Entwurf: Vertrag über eine Verfassung für Europa: Vom Europäischen Konvent im Konsensverfahren angenommen am 13. Juni und 10. Juli 2003*, URL: <http://european-convention.eu.int/docs/Treaty/cv00850.de03.pdf> (eingesehen

17.01.04)

- Fitchett, Joseph, "Pentagon in a League of Its Own", *International Herald Tribune*, 04.02.02
- Fitschen, Pattrick, Europas strategische Antwort auf die Nationale Sicherheitsstrategie der USA, Konrad-Adenauer-Stiftung, 22.07.03
- Franco-British summit. Joint declaration on European Defence, Saint-Malo, 04.12.98, URL: <http://www.info-france.org/news/statmnts/pr/stmalo.htm> (eingesehen 19.03.00)
- Friedman, Thomas L., "France and the United States are at war", *International Herald Tribune*, 19.09.03
- Friedman, Thomas, "Is this the start of the end of the West?", *New York Times*, 08.11.03
- Gilpin, Robert, *War and Change in World Politics*, Cambridge 1981
- Gindin, Sam/Panitch, Leo/ Monthly-Review-Redaktion u.a., *Krise der US-Ökonomie: Kontroversen der Linken*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 2/2003
- Greider, William, "The End of Empire", *The Nation*, 23.09.02
- Guha, Anton-Andreas, "EU soll sich gegen USA behaupten", *Frankfurter Rundschau*, 16.05.02
- Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques, "Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas", *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.05.03
- Hanson, Vicor, "Goodbye to Europe?", in: *Commentary Magazine*, October 2002
- Haydt, Claudia/Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen, *Globalisierung und Krieg*, AttacBasisTexte 5, Hamburg 2003
- Haydt, Claudia, "NATO Response Force - Die ultimative Koalition der Willigen", in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2004)
- Henken, Lühr, Begräbt die EU ihren zivilen Charakter?, IMI-Standpunkt, 2003/066
- Houben, Marc, Better Safe Than Sorry: Applying the Precautionary principle to *Issues of International Security*, CEPS Working Document, No. 196 (November 2003)
- Hulsman, John C., *Cherry-Picking: Preventing the Emergence of a Permanent Franco-German-Russian Alliance*, The Heritage Foundation Backgrounder, No. 1682 (August 2003)
- James, Barry, "U.S. Out of Line on Global Positioning, EU Says", *International Herald Tribune*, 19.12.01
- James, Barry, "Airbus is poised to win a trans-Atlantic dogfight over sales", *International Herald Tribune*, 13.01.03

- Johnson, Chalmers, *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie*, München 2003
- *Joint Declaration: Renewing the Transatlantic Partnership*, Center for Strategic and International Studies, 14.05.03
- Kagan, Robert, "A Good Weeks Work", *Washington Post*, 18.06.01
- Kagan, Robert, "Power and Weakness", in: *Policy Review*, No. 113 (June & July 2002)
- Kagan, Robert, *Macht und Ohnmacht: Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Bonn 2003
- Kagan, Robert, "A Tougher War for the U.S. Is One of Legitimacy", *New York Times*, 24.01.04
- Kamp, Karl-Heinz, "Die Bedrohung bekämpfen, bevor sie akut wird", *Frankfurter Rundschau*, 04.02.04
- Kempin, Ronja, *Frankreichs Nuklearstrategie vor der Revision?*, SWP-Studie, Januar 2004
- Kneissl, Karin, "Moskau sieht sich als natürlicher Verbündeter Europas in Energiefragen", in: *Raiffeisen Zeitung*, April 2003
- Kupchan, Charles, *The End of the American Era*, New York 2002
- Kupchan, Charles A., "The End of the West", in: *The Atlantic Monthly* (November 2002)
- Kurz, Robert, *Weltordnungskrieg: Die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung*, Bad Honnef 2003
- Lange, Peer H., "Die 'Nördliche Dimension': Europäische Energieversorgung und – Sicherheit", in: *Internationale Politik*, 1/2001, S. 29-36
- Laughland, John, "Becoming the 51st State", *Antiwar.com*, 20.05.03
- Layne, Christopher, *Death Knell for NATO? The Bush Administration Confronts the European Security and Defense Policy*, CATO Policy Analysis, No. 394 (April 2001)
- Layne, Christopher, "America as European Hegemon", in: *The National Interest*, no. 72 (Summer 2003), S. 17-29
- Layne, Christopher, *Casualties of War: Transatlantic Relations and the Future of NATO in the Wake of the Second Gulf War*, CATO Policy Analysis, No. 483 (August 2003)
- Leggewie, Claus, "Ein Empire der Demokratie?", in: Speck, Ulrich/Sznaider, Natan, *Empire Amerika: Perspektiven einer neuen Weltordnung*, München 2003, S. 199-218
- Lieven, Anatol, "The End of the West?" in: *Prospect*, Issue 78 (September 2002)

- Lindström, Gustav/Gasparini, Giovanni, *The Galileo satellite system and its security implications*, Institute for Security Studies, Occasional Papers No. 44 (April 2003)
- Lobell, Steven E., *The Challenge of Hegemony: Grand Strategy, Trade, and Domestic Politics*, Ann Arbor 2003
- Lunderstad, Geir, *"Empire" by integration: the United States and European integration, 1945 – 1997*, Oxford 1998
- Mahnkopf, Birgit, "Neoliberale Globalisierung und Krieg", in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/2004, S. 47-57
- Maresch, Rudolf, *Eurasische Gegenmacht*, Telepolis, 23.02.03
- Marischka, Christoph, "With or without you: Nach dem gescheiterten EU-Gipfel", in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2004), S. 20-21
- Marischka, Christoph, "Kongo: Die unendliche Geschichte westlicher Ausbeutung“, in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2004), S. 13-17
- Massarat, Mohssen, "Vor den Karren gespannt", in: *Freitag*, 09/03
- Mastanduno, Michael, "Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy After the Cold War", in: Kapstein, Ethan B./Mastanduno, Michael, (eds), *Unipolar politics: realism and state strategie after the Cold War*, New York 1999, S. 138-181
- Mertes, Michael, "Transatlantische Anti-Terror-Politik", in: *Die politische Meinung*, 02/2003, S. 5-9
- Müller, Harald, "Amerikanischer Unilateralismus: Ein Weltordnungsproblem", in: Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno (Hg.), *Friedensgutachten 2000*, Münster 2000, S. 43-52
- Nassauer, Otfried, "Eine europäische Flagge", in: *Sozialistische Politik und Wirtschaft* (Dezember 2000)
- "NATO inaugurates rapid-reaction military unit", *International Herald Tribune*, 16.10.03
- Neuber, Arno, *"Kerneuropa" auf dem Kriegspfad*, IMI-Standpunkt, 2003/058
- Neuber, Arno, *Militärmacht Europa: Die EU auf dem Weg zur globalen Interventionsmacht*, isw-Report Nr. 56 (Dezember 2003)
- Noelle-Neumann, Elisabeth, "Ein Gefühl echter Freundschaft", *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.05.03
- Nuscheler, Franz, *Multilateralismus vs. Unilateralismus. Kooperation vs. Hegemonie in den transatlantischen Beziehungen*, Stiftung Entwicklung und Frieden, Policy

Paper 16, Januar 2001

- Nye, Joseph S. Jr., "The American national interest and global public goods", in: *International Affairs*, vol. 78, no. 2 (2002), S. 233-244
- Oppeln, Sabine von, "Die imperiale Bedrohung der USA in der französischen Literatur – eine Sammelrezension", in: *Dokumente*, 4/2003, S. 19-26
- Owen, John M., "Why American Hegemony is Here to Stay", in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 1/2003, S. 71-86
- Pengelly, Owen, *NATO's Angry Sponsors*, BASIC Notes, 13.06.03
- "Pentagon Adviser: France 'No Longer Ally'", *NewsMax Wires*, 05.02.03
- Pfaff, William, "Refusing to treat allies as equals", *International Herald Tribune*, 07.07.03
- Pfaff, William, "When time-honored ties become a short leash", *International Herald Tribune*, 24.07.03
- Pflüger, Tobias, *Mit Hochgeschwindigkeit in Richtung Militärmacht*, IMI-Aktuell-00-12-04
- Pflüger, Tobias, *Eine Militärverfassung für die Europäische Union - Oder auch die EU ist auf Kriegskurs*, IMI-Analyse, 2003/036
- Pflüger, Tobias, "Das militarisierte KernEUropa kommt: EU-Verfassung gescheitert EU-Militärstrategie verabschiedet - Chance für die Kampagne gegen diese EU-Verfassung", in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2004), S. 17-19
- Power, Jonathan, *Europe Shouldn't Imitate the U.S. on the Military Front*, TFF Press Info 194, 28.01.04
- *Press Briefing by Ari Fleischer*, Office of the Press Secretary, 20.09.02
- Rahr, Alexander, "Energieressourcen im Kaspischen Meer", in: *Internationale Politik*, 1/2001, S. 37-42
- Rahr, Alexander, "Wladimir Putin besinnt sich auf alte Traditionen und will Amerika in Europa die Stirn bieten", *Die Welt*, 04.04.03
- Ritzenhofen, Medard, "Kerneuropa eurogaullistisch denken?", in: *Dokumente*, 4/2003, S. 30-36
- Rose, Jürgen, "Vom Sieger entfernen: Den Bruch riskieren (II)", in: *Freitag*, 04/2004
- Rudolf, Peter, *Übermächtiges Amerika, machtloses Europa? Arbeitsteilung statt globaler Partnerschaft*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Jour Fixe USA, 17.05.02
- Saunders, Paul, "One Europe, Two Europe, Old Europe, New Europe", in: *In the National Interest*, Vol. 2, Issue 30, 30.07.03

- Schweller, Randall, "Bandwagoning for Profit: Bringing the Revisionist State Back In", in: *International Security*, Vol. 19, No. 1 (Summer 1994), S. 72-107
- Sciolino, Elaine, "New Year, Old Theme: Chirac Elbows Bush", *International Herald Tribune*, 10.01.04
- Sikorski, Radek, *The Future of Transatlantic Relations: A View from Europe*, Testimony: Subcommittee on Europe, Washington, 17.06.03
- Smith, Craig S., "Prodi looks to Europe's future while watching U.S.", *International Herald Tribune*, 11.08.03
- Sokolsky, Richard/Charlick-Paley, Tanya, "Look Before NATO leaps into the Caspian", in: *Orbis*, Spring 1999, S. 285-297
- Solana, Javier, *Ein sicheres Europa in einer besseren Welt*, Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, 12.12.03, URL: <http://ue.eu.int/solana/docs/031208ESSIIDE.pdf> (eingesehen 03.01.04)
- Solana, Javier, "Joining forces against common threats", *International Herald Tribune*, 12.12.03
- Stanger, Michael, *Weltwirtschaftliche Hegemonie und Weltgeld*, FU Politische Wissenschaft, Arbeitspapier 3/1990
- Statement by Greek Defence Minister Yiannos Papantoniou, General Affairs/External Relations Council and Defence Ministers, 19.05.03, URL: <http://www.eu2003.gr/en/articles/2003/5/19/2845> (eingesehen 04.02.04)
- The Atlantic Council of The United States, *Permanent Alliance? NATO's Prague Summit and Beyond*, Policy Paper April 2001
- *The National Security Strategy of the United States of America*, The White House, 17.09.02
- Thomas, Johannes, "Paris-Moskau: die neue strategische Achse?", in: *Dokumente*, 4/2003, S. 49-51
- Todd, Emmanuel, *Weltmacht USA – Ein Nachruf*, München 2003
- Varwick, Johannes, *Die Zukunft der NATO Probleme und Perspektiven des transatlantischen Bündnisses nach seinem 50. Geburtstag*, o.J., URL: <http://www.dgap.org/texte/nato.pdf> (eingesehen 03.02.04)
- Vincour, John, "Subtle shift by Britain on defense in EU", *International Herald Tribune*, 15.10.03
- Vincour, John, "German says EU planning unit should be attached to NATO", *International Herald Tribune*, 27.10.03

- Vogel, Heinrich, "Das Ende des 'Westens'", in: *Internationale Politik*, 6/03, S. 27-34
- Wagner, Jürgen, *Das ewige Imperium: Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor*, Hamburg 2002
- Wagner, Jürgen, "Das „Handbuch zum Sieg“, in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2004)
- Walt, Stephen M., *The Origins of Alliances*, Ithaca/London 1987
- Walt, Stephen M., "The Ties That Fray: Why Europe and America Are Drifting Apart", in: *The National Interest*, No. 54 (Winter 1998/99), S. 3–11
- Waltz, Kenneth N., "The Emerging Structure of International Politics", in: *International Security*, Vol. 18, No. 2 (Fall 1993), S. 44-79
- Warkotsch, Alexander, "Ressourcenkonflikt im Kaukasus: Europa und das kaspische Öl", in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/2004, S. 69-76
- Wiesmann, Gerrit, "EU steht vor erstem großem Militäreinsatz", *Financial Times Deutschland*, 13.10.03
- Wolf, Winfried, "Die militärische Absicherung der Globalisierung", in: *AUSDRUCK – Das IMI-Magazin* (Februar 2004), S. 8-13
- Woollacott, Martin, "It is still America against the world, war or no war Hopes of the growth of a new multilateralism are exaggerated", *The Guardian*, 30.11.01



Herausgeber der IMI-Studie 2004/01 "Partner oder Gegner?" ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
 Die Studie spiegelt nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder.
 Adresse: Hechinger Str. 203, 72074 Tübingen
 www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de
 Tel 07071/49154, Fax 07071/49159

Tübingen, März 2004